

# VORAN

Marxistische Zeitung für SPD, Juso und Gewerkschaft

NR. 38

1. MAI 1979

90 Pfg.

Solidaritätspreis DM 1,50

## RECHT AUF ARBEIT IN EINEM SOZIALISTISCHEN EUROPA



denn die EG schon überhaupt mal einen Finger gerührt, als es um die Verteidigung von Arbeiterbelangen gegen das Kapital ging?

Die Antwort ist klar: Nein!! Im Gegenteil: Das Europäische Stahlkartell wurde von den Brüsseler Eurokraten ins Leben gerufen und dient zu nichts anderem als dem, die Massentlassungen von rund 140.000 europäischen Stahlarbeitern möglichst gleichmäßig zu koordinieren.

Mögen auch die prominentesten deutschen und europäischen Gewerkschaftsführer im zukünftigen Europaparlament Sitz und Stimme erhalten - ihre parlamentarische Arbeit kann nur ein Hilfsmittel sein, um die europäische Gewerkschaftsbewegung zum entschlossenen einheitlichen Handeln gegen den gemeinsamen Feind zusammenzufassen: Das Kapital.

Wir alle wollen ein soziales Europa, ein Europa der Arbeitnehmer. Aber dazu müssen wir erst

gründlich die Barrieren beiseite räumen, die den Weg blockieren: die Herrschaft des Kapitals über Europa, die Herrschaft des Profits über den Menschen. Unsere Gewerkschaftsführer müssen jetzt dafür sorgen, daß die Ansätze zu einer Einheit der gesamten europäischen Arbeiterbewegung nicht auf Kongresse, Resolutionen und Dachverbände beschränkt bleiben. Wir brauchen die Einheit im Kampf für gemeinsame Ziele - wie z. B. um die 35-Std.-Woche

- Für die praktische Einheit der europäischen Gewerkschaften! Für einen gemeinsamen und international einheitlichen Kampf um die 35-Stunden-Woche!
- Arbeit für alle - in ganz Europa!
- Für die Entmachtung der Großkonzerne, um in einer demokratischen Planwirtschaft das Recht auf Arbeit in der Praxis durchführbar zu machen!
- Gegen die EG der Konzerne - Für ein Europa der Arbeiter und Angestellten! Voran zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Kurt Pfeiffer

"Arbeit für alle!". Aus allen Ecken und Enden Europas ertönt dieser Ruf. Von Sizilien bis Dänemark, von Portugal bis zur Bundesrepublik - die Probleme sind die gleichen. Großkonzerne schließen Zweigwerke, Klein- und Mittelbetriebe machen dicht, Arbeitskräfte werden aus Rationalisierungsgründen entlassen, ausscheidende Kollegen werden nicht ersetzt.

Welcher Arbeiter kann heute noch sagen, er habe einen lebenslang sicheren Arbeitsplatz? Und wie soll die Zukunft der nachwachsenden Generation aussehen, die jetzt aus den Schulen auf den Arbeitsmarkt drängt?

Es ist klar, daß wir uns damit nicht abfinden können. In allen Ländern Europas haben deshalb Arbeiter begonnen, sich gegen die drohende Arbeitslosigkeit zu wehren. In Lothringen war teilweise fast die gesamte Bevölkerung der betroffenen Städte auf den Beinen, um gegen die angedrohte Entlassung Zehntausender zu demonstrieren. Bei uns in der BRD wurden erste Streiks geführt, deren Hauptziel die Sicherung bestehender Arbeitsplätze ist: der Druckerstreik im März 1978 und der Stahlstreik im letzten Winter.

Doch lassen wir die Zahlen sprechen. Sie geben uns Auskunft über die Zahl der Arbeitslosen im Bereich der EG im Jahresdurchschnitt 1978:

Italien	1.512.200	7,1%
Großbritannien	1.475.000	5,7%
Frankreich	1.166.900	5,3%
Bundesrepublik	992.900	3,9%
Belgien	333.400	8,4%
Niederlande	205.600	4,3%
Dänemark	169.800	6,7%
Irland	100.800	8,9%
EG (gesamt)	5.956.600	4,6%

Doch selbst diese Zahlen geben nur ein verzerrtes Bild von der Wirklichkeit wieder. Man kann noch gut drei Millionen in Europa dazuzählen - beispielsweise die vielen in den Haushalt zurückgekehrten Hausfrauen, die die Suche nach Arbeit

aufgegeben haben, oder die vielen Jugendlichen, die nicht gemeldet sind und ohnehin keinen Anspruch auf Arbeitslosengelder haben, aber auch die vielen ausländischen Arbeiter, die wieder nach der Türkei, Portugal und anderswo zurückgekehrt sind.

Manche von uns, vor allem unsere Gewerkschaftsführer, erhoffen sich vom zukünftigen Europaparlament entscheidende Anstöße zur Lösung der Probleme der Arbeiter und Angestellten in Europa. Ist dies wirklich der Fall? Hat

## NEO-NAZIS STOPPEN!

### Sozialdemokratie und antifaschistischer Kampf in Waldeck-Frankenberg

SPD und Gewerkschaften sind neben der KPD diejenigen Organisationen, die unter dem Faschismus am meisten gelitten haben. Hat die SPD aus ihren Erfahrungen unter dem Faschismus die richtigen Lehren gezogen? Wie der Kampf der SPD vielerorts betrieben wird, soll am Beispiel Waldeck-Frankenbergs untersucht werden.

Der Landkreis Waldeck-Frankenberg in Nordhessen ist seit vielen Jahren beliebtes Aufmarschgebiet für rechtsradikale Organisationen. So treffen sich in Arolsen-Mengeringhausen die HIAG, Nachfolgeorganisation der Waffen-SS, ehemalige Angehörige der Division Großdeutschland, ehemalige Mitglieder der SS-Totenkopf-Di-

vision usw.. Diese unverbesserlichen Faschisten konnten sich bis vor kurzem stets der Unterstützung durch die Repräsentanten der Kommunen sowie des Kreises sicher sein. Der Landrat Dr. Reccius beispielsweise ließ es sich nicht nehmen, vor zwei Jahren die HIAG offiziell zu begrüßen, die Verbrechen der SS zu verharmlosen und gleichzeitig gegen Linke zu hetzen, indem er Sozialisten und Kommunisten mit Terroristen gleichsetzte.

So verwundert es nicht, daß bei einem derart günstigen politischen Klima auch die NPD glaubte, daß Arolsen der richtige Ort sei, um einen Bundesparteitag durchzuführen. Jungsozialisten hatten schon seit Jahren auf diese

rechtsradikalen Treffen hingewiesen und versucht, dagegen den Protest von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern zu mobilisieren. Das gelang erstmals 1978 als es zu einer Demonstration mit Kundgebung gegen den NPD-Parteitag in Arolsen kam, an der über 1.000 Menschen teilnahmen. Für eine Kleinstadt wie Arolsen ein hervorragendes Ergebnis. (VORAN Nr. 36 berichtete darüber). Damals versuchte die SPD, die Jungsozialisten in ihren antifaschistischen Aktivitäten zu behindern. Wer nun glaubt, mit diesem Verhalten sei der Tiefpunkt antifaschistischer Aktivitäten der SPD erreicht, der irrt sich.

Im März 1979 wurde bekannt, daß sich die SS-Totenkopf-Division in Arol-

sen treffen will. In dieser Truppe waren brutale KZ-Schergen zusammengefaßt, die für viele Kriegsverbrechen verantwortlich sind.

Es war klar, daß die Jusos wiederum zusammen mit anderen antifaschistischen Kräften dagegen vorgehen würden. Aus diesem Grund erschien der SPD-Unterbezirksvorsitzende Böckemeier auf der Juso-Unterbezirkskonferenz und gab vor, sich an die Spitze der Bewegung stellen zu wollen. ("Genossen, haltet euch etwas gemeinsam machen. Fortsetzung auf Seite 12")

**ARTIKEL ÜBER**

Jugendarbeitslosigkeit	..... S. 2
1. Mai	..... S. 3
Kampf um Jugendzentrum	..... S. 4
Großbritannien	..... S. 7
Arbeiterdemokratie	..... S. 9
Nazi-Umfriebe	..... S. 9
Kirche als Arbeitgeber	..... S. 10
Arbeit im Krankenhaus	..... S. 11

➔ ➔ **1. MAI - 12 SEITEN - 1. MAI** ➔ ➔

S. 5      S. 4      S. 6      S. 8      S. 10      S. 12  
30 Jahre Grundgesetz - JUSO-Bundeskongreß - Portugal-Europa - IG Chemie - IG Druck+Papier

# VORAN

VORAN ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE !

Überregionale marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaft.  
Erscheint seit Dezember 1973

Redaktionsanschrift: VORAN, Hammesberger Str. 75  
5630 Remscheid

Konto: Postscheckamt Essen, H. G. Öfinger, Nr. 170 20 433  
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger  
Druck: Gegendruck Essen

ih'r da oben ...  
wir da unten

## Lebensmitteldiebstähle aus Not

Das vielgepriesene "Netz der sozialen Sicherheit", so wird vor allem von bürgerlicher Seite immer wieder betont, dürfe nicht zu einer "Hängematte für Fauler" werden. Wie weit es mit der sozialen Sicherung wirklich her ist, das beleuchtete unlängst schlagartig eine Veröffentlichung der Münsteraner Polizei. Daraus geht hervor, daß im Jahre 1977 im Raum Münster die Zahl der Haus- und Diebstahlbrüche enorm anstieg. Doch die Diebe hatten es überwiegend nicht auf Wertgegenstände abgesehen: Konserven und Lebensmittel machten einen beträchtlichen Anteil der Beute aus, deren Gesamtwert sich 1977 auf über 7 Mio. DM belief.

Wie die Polizei bei ihren Ermittlungen feststellte, gingen die Lebensmittel-diebstähle vor allem auf das Konto jugendlicher Arbeitsloser, die einbrachen, um sich ernähren zu können!

Es ist ein ungeheurer Skandal und spricht allen Phrasen von "Wohltätigkeit" Hohn, wenn Arbeitslose ihren Lebensunterhalt auf diese Weise mit bestreiten müssen.

Für die Polizei ist dies alles ein Problem der öffentlichen Ordnung und Sicherheit; sie gab demgemäß Tipps, wie sich Privathaushalte besser vor Einbrüchen schützen können.

Doch das Kernproblem der Arbeitslosigkeit mit ihren sozialen Folgen - Absinken des Lebensstandards, offensichtlich sogar bis zur Hungergrenze - wird dadurch nicht gelöst. Derart himmelsschreiende Zustände sollten ein Grund mehr sein, mit dieser Wirtschaftsordnung, die solche Verhältnisse hervorbringt, ein für alle mal aufzuräumen.

## EG-Zuckerberg abbauen - aber wie?

Da die Europawahlen vor der Tür stehen, versuchen die Brüsseler EG-Bürokraten jetzt, einigen Lebewesen dieses Kontinents das Leben zu versüßen. Natürlich nicht den Durchschnittseuropäern....

Wegen den riesenhaften Subventionen, die für bestimmte Produkte an die Landwirte ausgezahlt werden, produziert Europa ungefähr doppelt soviel Zucker als es verbraucht. Das ganze heißt dann Planung - auf kapitalistische Art und Weise! Ergebnis: 2 - 3 Millionen Tonnen Zucker bilden einen enormen Berg unverkaufter Waren; trotzdem werden die Preise künstlich hochgehalten!

Man sollte aber nicht behaupten, daß die EG-Bürokraten angesichts dieses Problems untätig geblieben wären. Sie haben sich eine ideale Lösung ausgedacht: Man füttere stark verbilligten Zucker an die Bienen, deren Honigproduktion wegen der harten Winter, der kühlen Sommer und wegen Pollenmangels nachgelassen hat. Damit aber nicht etwa gefräßige Arbeiter ein "Schnäppchen" machen, wird der Zucker mit pulverisiertem Knoblauch vermischt. Das Unangenehme dabei ist nur, daß die Bienen von dem Knoblauch Verdauungsstörungen in Form von Durchfall bekommen - also muß zum Ausgleich feingestoßene Holzkohle zugefügt werden. Und das alles im Namen des Profits....

## Nobelpreis für Bundesregierung?

Folgende Resolution wurde kürzlich einstimmig vom Juso-Bundeskongress verabschiedet: "1. Der Bundeskongress der Jungsozialisten schlägt die Verleihung des Chemie-Nobelpreises an die Bundesregierung in ihrer Zusammensetzung vom 29. 9. 71 vor für ihre Erfindung, daß Tritium ein Edelgas ist. 2. Der Bundeskongress der Jungsozialisten fordert die Bundesregierung darüber hinaus auf, zur Versorgungsvorsorge für die deutschen Atomkraftwerke die Ungefährlichkeit von Plutonium 239 (etwa durch die schrittweise Verringerung der Halbwertszeit von 24.000 Jahren auf 5 Minuten) und die Ungefährlichkeit des sonstigen Atomabfalls zu erforschen. 3. Der Bundeskongress der Jungsozialisten wird die Bundesregierung im Falle erfolgreicher Erfindungen nach Ziffer 2 auch für den Physik-Nobelpreis vorschlagen. BEGRÜNDUNG: Die Erfindung, daß Tritium ein Edelgas ist, ist höchst originell, ja wissenschaftlich revolutionär; vergleichbar etwa mit der Erfindung des Flußpferdes den Wasservögeln angehören, daß der Fußpilz ein Speisepilz ist und daß Braubären ein wohlschmeckendes Beerenobst sind. Die Erfindung der Bundesregierung, mit Kabinettsbeschluss vom 29. 9. 1971 erfunden, ist in der Bundesdrucksache VI/2710 auf Seite 56 veröffentlicht. Trotz jahrelanger Verbreitung auch in Broschürenform ist diese Erkenntnis von der Fachwelt bisher leider noch nicht voll zur Kenntnis genommen worden, was aber die Bedeutung der Erfindung nicht mindert. - Zu Ziffer 2 steht die Bundesregierung im Wort, zumal mit gleichem Kabinettsbeschluss vom 29. 9. 1971 auf Seite 33 der Bundesdrucksache VI/2710 die gesicherte Entsorgung und Endlagerung von der Bundesregierung ebenfalls seit längerer Zeit schon erfunden worden sind. Die vorgeschlagene Form der schrittweisen Verkürzung der Halbwertszeiten soll nur als Anregung verstanden werden, die der anerkannten Form der 'Stückwerktechnologie' entspricht." - (Anm. G. Red.: Physiknobelpreisträger Albert Einstein war noch der Ansicht, Tritium sei kein Edelgas. Man sieht, die Dialektik der naturwissenschaftlichen Erkenntnis schmeißt manch' altes Wissen über den Haufen.... Bleibt zu hoffen, daß die Stockholmer Nobelpreis-Kommission ein Einsehen hat und positiv entscheidet.....)

## Jugendarbeitslosigkeit und kein Ende:

# FÜR JEDEN JUGENDLICHEN EINEN ARBEITSPLATZ!

In einem Kommentar der Bundesanstalt für Arbeit des Jahres 1978 über die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in der BRD heißt es, daß "für eine dramatische Bewertung der Jugendarbeitslosigkeit kein Platz ist."

Es gibt gegenwärtig laut offiziellen Angaben 270.000 Jugendliche unter 25 Jahren im ganzen Bundesgebiet, die ohne Arbeit sind. Aus halboffiziellen Kreisen hört man weit höhere Zahlen, die auch Schulabgänger berücksichtigen, die keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben und somit nicht offiziell registriert sind. Hinzu kommen Tausende von ausländischen jugendlichen Arbeitslosen. Insgesamt "vergißt" die offizielle Statistik ca. 100.000 Jugendliche, die ohne Beschäftigung sind. In manchen Regionen der BRD hat die Jugendarbeitslosigkeit bereits katastrophale Ausmaße angenommen. So sind z. B. im Saarland 4.400 Jugendliche (10,6%) arbeitslos. Die internationale Arbeitsorganisation (IAO) gab im März 1977 bekannt, daß es in den 23 reichsten westlichen Industrienationen 7 Millionen arbeitslose Jugendliche gibt. Bei diesen erschreckenden Zahlen ist die Einschätzung der BfA völlig unverständlich. Arbeitslos zu sein bedeutet für jeden Jugendlichen Raub eines existenziellen Rechts, schlechte materielle Situation, Verunsicherung und Frustration.

1976 hatten noch über 70% der Jugendlichen Arbeitslosen unter 20 Jahren keine abgeschlossene Berufsausbildung und über 55% keinen Hauptschulabschluss. Jugendliche, die im Handwerk und im Einzelhandel eine Lehrstelle erhalten haben, bekommen meistens nach ihrer Lehrzeit keine Weiterbeschäftigung. Viele müssen sich eine andere Arbeitsstelle suchen oder einen Hilfsarbeiterjob annehmen. Doch ein Großteil bekommt nicht einmal dies. Wer nach der Schule keine Arbeit findet, hat nicht einmal das Recht auf Arbeitslosenunterstützung.

Bei der heutigen Massenarbeitslosigkeit können sich die Unternehmer die qualifiziertesten Leute aussuchen. Das hat zur Folge, daß die arbeitslosen Jugendlichen, die keine abgeschlossene Berufsausbildung und keinen Hauptschulabschluss haben, geringe Chancen auf einen Arbeitsplatz haben. Es kommt nicht selten vor, daß diese jungen Leute ein halbes Jahr und länger arbeitslos sind. Durch Produktionseinschränkungen und Rationalisierungen vernichten die Kapitalisten immer mehr Arbeitsplätze. Das Institut der deutschen Wirtschaft rechnet bei einer durchschnittlichen Produktionssteigerung von 2% bis 1982 mit 2,2 Millionen Arbeitnehmern, die durch Rationalisierung ihren Arbeitsplatz verlieren. Ein Ende der Massenarbeitslosigkeit ist unter diesen gesellschaftlichen Verhältnissen ausgeschlossen.

Die Kapitalisten sind nicht mehr bereit, qualifizierte Ausbildungsplätze zu schaffen. Während im Handwerk die Zahl der Ausbildungsplätze Jahr für Jahr steigt, geht die Zahl in Industrie und Handel immer mehr zurück. Dort reduziert sich die Lehrstellenkapazität ständig. Von 1955 bis 1977 ging sie um 50% auf 1,5 Mio. zurück. Seit 1976 steigt das Lehrstellenangebot zwar wieder, aber sicherlich nicht deshalb, weil die Unternehmer Mitleid mit den Jugendlichen haben, sondern weil sie die jungen Leute als billige und hörige Arbeitskräfte benutzen. Außerdem gibt es für jeden bereitgestellten Ausbildungsplatz zwischen 5000 und 8000 DM staatliche Prämien. Das Land Baden-Württemberg bezuschulte zum Beispiel die Unternehmer des Landes mit 47,8 Millionen Mark, um mehr Lehrstellen zu schaffen. So werden unsere Steuergelder an

die Unternehmer verschenkt.

Diese Prämienzahlungen und Bezuschussungen sind kein Instrument, um die Jugendarbeitslosigkeit annähernd zu beseitigen. In diesem Jahr werden wieder viele Jugendliche nach ihrem Schulabschluss auf der Straße stehen.

Wir wollen endlich Schluß machen mit diesem Zustand!

Schluss mit Arbeitslosigkeit! Einen garantierten Ausbildungsplatz für jeden Schulabgänger! Einen sicheren und qualifizierten Arbeitsplatz für alle ausgebildeten Auszubildenden! Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! Stop mit den Subventionen und Prämien aus öffentlichen Mitteln an die Unternehmer!

Unter den Jugendlichen sind diejenigen, die sofort nach der Schule arbeitslos werden, am härtesten betroffen. Sie erhalten keine Arbeitslosenunterstützung und keine Sozialhilfe. Sie müssen von ihren Eltern unterhalten werden und sind so voll von ihnen abhängig. Aber selbst diejenigen Jugendlichen, die einen Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz haben, geraten immer stärker unter Lohn- und Arbeitsdruck, Arbeitssetze und allgemeine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch die Bosse. Wir fordern deshalb:

Für jeden Jugendlichen in Ausbildung eine Ausbildungsbeihilfe von 700 Mark monatlich. Dieser Betrag muß mindestens um die jährliche Preissteigerungsrate erhöht werden! Kostenlose Beförderung aller Jugendlichen in Ausbildung in öffentlichen Verkehrsmitteln! Für jeden berufstätigen Jugendlichen ab 18 einen garantierten Mindestlohn von netto 1.400 DM.

Jürgen Michel, Juso-AG Crailsheim

## Kampffonds

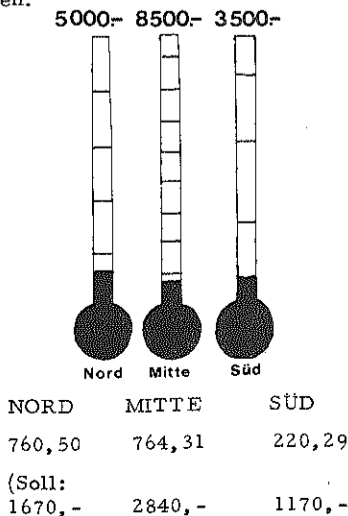
SPENDENKONTO:  
Angela Bankert, Pscha, Essen  
2422 50 - 432

# Anstrengungen verdoppeln! Anstrengungen verdoppeln!

Auch wenn bei Redaktionsschluss die letzten Sammlungen und Überweisungen des Monats April noch nicht vorlagen, läßt sich schon feststellen, daß wir unser selbstgestecktes "April-Ziel" in Höhe von insgesamt rund 5670,- DM nicht mehr erreichen werden.

Nach einem Drittel des Jahres sind nur 1745,10 DM, also nur gut 10% statt 1/3 des Jahreszieles eingegangen.

Diese Sammelergebnisse verteilen sich wie folgt auf die Regionen:



Das bedeutet, daß die Region Nord das Zwischenziel zu 45% erreicht hat (und damit noch am besten gesammelt hat), während die Region Mitte ihr Ziel nur zu 27% und die Region Süd gar nur zu 19% erreicht hat!

Wir müssen also unsere Anstrengungen vervielfachen, wenn wir das Jahresziel von 17.000,- erreichen wollen, und vor allem die bisher eingetretenen Rückstände wieder aufholen.

Das bedeutet, daß wir offensichtlich viel offensiver alle Leser, mit uns sympathisierende Genossen und Kollegen regelmäßig nach Spenden fragen müssen. Dies ist insbesondere die Aufgabe der aktiven Kampffonds-Helfer, die keine Gelegenheit auslassen sollten, um auf Versammlungen und Veranstaltungen jeder Art, beim Zeitungsverkauf, in Diskussionen, im Bekanntenkreis Geld für die Zeitung zu sammeln.

VORAN setzt sich immer konsequent für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und für eine Politik in ihrem Sinne ein gegen die wirtschaftliche und politische Macht des Kapitals und seiner Helfershelfer. Und VORAN setzt sich auch kritisch mit der Politik der Führungsspitzen von

SPD und Gewerkschaften auseinander, wo diese einer konsequenten Interessenvertretung der Arbeitnehmer zuwiderläuft - und dies ist leider zu oft der Fall.

Als marxistische Zeitung untersucht und kritisiert VORAN auch Entwicklungen und Politik in den Ländern des sogenannten "realen Sozialismus" - der für uns so "real" nicht ist.

Wir haben daher von all diesen Seiten nicht gerade wohlwollende Unterstützung zu erwarten. Unsere politische ( und finanzielle!) Basis sind die Kollegen und Genossen, die mit uns die Ideen ( und besten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung) von Marx, Engels, Liebknecht und Luxemburg wieder aufgreifen, die Erkenntnisse des Marxismus als Anleitung zum praktischen Handeln begreifen und mit uns für eine illusionslose Politik gegen die herrschende Klasse eintreten.

Wir möchten auch alle Leser und Abonnenten, die nicht von einem Kampffonds-Helfer "betreut" werden, zur Eigeninitiative zum Sammeln und natürlich auch zum Spenden aufrufen. Jeder Groschen und jede Mark zum Aufbau einer marxistischen Zeitung sind gut angelegt!

# DEN 1. MAI WIEDER ZUM KAMPFTAG MACHEN!

"Wie ist der 1. Mai als Feiertag eigentlich entstanden?"

Viele wissen keine Antwort auf diese Frage. Trotzdem hat der 1. Mai gerade in den letzten Jahren einige der größten Bewegungen der Arbeiterklasse seit dem 2. Weltkrieg gesehen: die 73er Streiks in Großbritannien gegen die gewerkschaftsfeindliche Politik der konservativen Regierung, die eineinhalb Millionen demonstrierender portugiesischer Arbeiter 1974 in Lissabon, 1975 und 1976 einige der größten (illegalen) Demonstrationen der spanischen Arbeiter gegen die Franco-Diktatur und die Monarchie.

Die Tradition des 1. Mai als internationaler Kampftag der Arbeiterklasse geht jedoch zurück auf den Kampf der US-amerikanischen Arbeiter für den 8-Stunden-Tag in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts.

Eine katastrophale Wirtschaftskrise traf 1884 die amerikanische Industrie: 10 % Arbeitslosigkeit, 15-40 % Lohnkürzung - das war die Medizin, mit der das Kapital sich auf dem Rücken der Arbeiter kurieren wollte. Doch der Arbeitstag blieb lang und hart - für die

## KAMPF UM 8-STUNDEN-TAG

Wie der 1. Mai als Kampftag der Arbeiter entstand

Mehrheit zwischen 14 und 16 Stunden.

In kurzer Zeit wuchsen in allen großen Städten von New York bis New Orleans und San Diego sogenannte "8-Stunden-Verbände" wie Pilze aus dem Boden. Durch diese Aktivitäten konnten die Gewerkschaften innerhalb eines Jahres ihre Mitgliederzahl verdoppeln.!!

Der 1. Mai 1886 stand im Zeichen der ersten größeren Schlacht um den 8-Stunden-Tag:

200.000 Tabakarbeiter, Bauarbeiter und Zigarettenreher streikten, die Hälfte von ihnen den ganzen Mai hindurch, unterstützt nur durch Geldsammlungen nicht-streikender Gewerkschaften. In diesem ersten Anlauf gab es nur einen Teilerfolg: 42.000 Arbeiter erhielten eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverlust.

Doch die Bewegung von 1886 war erst der Anfang einer langen Serie von Kämpfen. Nachdem 1888 der neugegründete US-amerikanische Gewerkschaftsbund AFL be-

schlossen hatte, den 8-Stunden-Tag bis zum 1. Mai 1890 zu erkämpfen, fanden am 1. Mai 1889 in 420 verschiedenen Städten Streiks und Demonstrationen statt. Ein Jahr später wurde ein erfolgreicher Generalstreik durchgeführt, der den 8-Stunden-Tag in 137 Städten und den 9-Stunden-Tag überall sonst ertrugte.

Diese großen Bewegungen in den USA gingen einher mit einem Wachstum der Kämpfe in ganz Europa. Überall entwickelten sich die sozialdemokratischen Arbeiterparteien zu Massenorganisationen, die sich 1889 auf einer Konferenz mit Delegierten aus der ganzen Welt zur Sozialistischen Internationale zusammenschlossen. Diese erklärte den 1. Mai 1890 zum weltweiten Kampftag für den 8-Stunden-Tag. An diesem Tag streikten und demonstrierten dann trotz Polizeiterrord Hunderttausende europäischer Arbeiter von Barcelona bis Warschau und Lodz, von Stockholm bis Marseille.

Inzwischen hat die Arbeiterbewegung in Europa, Amerika und Japan in vielen Bereichen schon den 8-Stunden-Tag erkämpft, obwohl es bei uns immer noch ganze Berufssparten und Branchen gibt, in denen die Kollegen von der 40-Stunden-Woche nur träumen.

Der 1. Mai hat sich als Kampftag tief in das Bewußtsein der internationalen Arbeiterbewegung eingepreßt. Es mag sein, daß er für gemäßigte Gewerkschaftsführer nur eine gute Möglichkeit ist, Feiertagsreden zu halten, auf frühere Kämpfe und Erfolge zurückzublicken und ein wenig wortradikal von Sozialismus und Befreiung der Arbeiter zu reden.

Für alle Sozialisten und aktiven Gewerkschafter sollte er jedoch zuerst einmal Anlaß sein, Lehren aus den vergangenen Kämp-

fen zu ziehen und neue Perspektiven aufzuzeigen. Wieder erleidet die Arbeiterklasse auf der ganzen Welt, nachdem der lange Boom vorüber ist, einen massiven Rückgang im Lebensstandard, verbunden mit einer drastisch gestiegenen Arbeitslosigkeit. Neue Kämpfe stehen bevor, die einen Ausspruch von Karl Marx wieder aktuell werden lassen: "Arbeiter verschiedener Länder haben mehr gemeinsam als Arbeiter und Kapitalisten ein und desselben Landes." Die kommenden Auseinandersetzungen sollten uns wieder anknüpfen lassen an die großen Traditionen des 1. Mai - nicht die eines beschaulichen Feiertages, sondern die eines internationalen Kampftages! Die Opfer der europäischen und amerikanischen Arbeiter in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts sollten für uns alle ein Ansporn sein in unserem Kampf für eine bessere Zukunft.

Olaf Meindl, Mitglied der Deutschen Postgewerkschaft, Remscheid

1. Mai 1929:

## DAS BLUTBAD VON WEDDING

Ein trauriges Kapitel aus der Geschichte der Arbeiterbewegung und seine Folgen

Seitdem vor rund 90 Jahren Arbeiter in Deutschland zum ersten Mal am 1. Mai die Arbeit niederlegten, hat sich immer wieder am "Tag der Arbeit" die Stärke und Kraft unserer Bewegung gezeigt. In unserer wechselvollen Geschichte jedoch sticht ein bestimmter "Maifeiertag" besonders hervor: der 1. Mai 1929, der sich heute zum 50. Male jährt. Er ging als die blutigste Maifeier in die deutsche Geschichte ein.

Die SPD-geführte preussische Landesregierung verbot in jenem Jahr für ganz Groß-Berlin öffentliche Maifeiern und Kundgebungen, im Interesse von öffentlicher "Ruhe" und "Ordnung". Das Zentralkomitee der KPD hingegen rief Mitte April dazu auf, den 1. Mai 1929 mit Arbeitsniederlegungen und öffentlichen Kundgebungen zu feiern. Darauf hin vereinbarten der sozialdemokratische Berliner Polizeipräsident Zörgiebel und der preussische Innenminister, daß die Polizei auf Demonstrationen schießen sollte.

Die Berliner Arbeiterviertel Neukölln und Wedding waren am Morgen des 1. Mai von Polizisten belagert: mit Karabinern, Panzern und Überfallwagen. Und diese schossen rücksichtslos wie wild um sich - auf unbewaffnete Demonstranten, auf Unbeteiligte, Frauen, die zum Einkaufen gingen, Zuschauer von Fenstern und Balkonen.

33 Tote und zahlreiche Verletzte blieben zurück, nicht ein einziger Polizist wurde verletzt. So kamen denn auch selbst bürgerliche Zeitungen um die Aussage nicht herum, daß die Schuld eindeutig bei der Polizei lag, die unprovokiert auf wehrlose und unbewaffnete Menschen eingeschlagen und geschossen hatte.

Das Blutbad von Wedding und Neukölln vertiefte die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung und gab den Nazis weiteren Auftrieb. KPD-orientierte Arbeiter begannen, die SPD wegen der Rolle ihrer Führung beim Schutz des kapitalistischen Systems zu hassen. Mit der "Sozialfaschismustheorie" (die besagte, daß Sozialdemokratie und Faschismus Zwillingsbrüder seien) wurde die SPD zum Hauptfeind der KPD gemacht, was einfache und ehrliche SPD-Mitglieder wieder zurück in die Arme-

der Führung trieb.

Noch im selben Jahr machte die Weltwirtschaftskrise alle sozialdemokratischen Hoffnungen auf einen krisenfreien Kapitalismus zunichte. Schon 1928 hatte die Arbeitslosigkeit in Deutschland bei 10 % gelegen und war darauf hin ständig angestiegen:

1929: 15 % oder 2 Millionen  
1930: 23 %  
1931: 35 %  
1932: 45 % oder 6 Millionen

Wenn man zu den 45 % Arbeitslosen noch die 20 % Kurzarbeiter zählt, dann heißt dies, daß damals nur noch ein Drittel der Arbeiter und Angestellten voll erwerbstätig waren - zu stark gekürzten Löhnen!

Das starke Anwachsen von Hitlers NSDAP ab 1929/30 hätte ein Zusammengehen der Arbeiter aller Parteien und Gewerkschaften erfordert. Genau dies kam aber nicht zustande. 1933 konnte Hitler auf dem Rücken der gespaltenen Arbeiterbewegung triumphieren.

Sowohl die sozialdemokratischen als auch die kommunistischen Arbeiter erkannten die Notwendigkeit einer Arbeiter-Einheitsfront und schritten teilweise auf örtlicher Ebene zur Tat. Die Arbeiterbewegung war jedoch durch eine gleichermaßen verhängnisvolle Politik der SPD- und der KPD-Führung gelähmt. Die SPD-Führer hatten kein Konzept zur Überwindung der Wirtschaftskrise im Interesse der Arbeiter und klammernten sich fest an die bürgerliche Republik; zu einer Zeit, da die Großkapitalisten bereits mit riesigen Summen die Nazi-Bewegung stützten. Noch 1933 untersagte der Parteivorstand den Mitgliedern entscheidende Widerstandsmaßnahmen gegen das Hitler-Regime, weil Hitler ja völlig im Rahmen der Verfassung an die Macht gekommen sei.

Die Führer der KPD hingegen fanden sich zunächst insgeheim mit Hitlers Machtergreifung ab, weil sie damit rechneten, nach kurzer Dauer selbst an die Macht zu kommen. Für sie war der Hauptfeind nicht der Faschismus selbst, sondern die Sozialdemokratie. Mit dem Schlagwort "Sozialfaschisten" und der Gewerkschaftsspaltung durch den Aufbau eigener "roter" Gewerkschaften erreichte die stalinistische KPD-

Führung nur eines: sie schreckte den entscheidenden Teil der hinter der SPD stehenden Arbeiter ab und vertiefte die Gräben.

Die Opfer des 1. Mai 1929 mahnen uns. Denn nur durch eine echte EINHEIT in der Aktion wird die heutige Arbeiterbewegung die zukünftigen Angriffe des Kapitals auf unseren Lebensstandard abwehren und letztendlich auch das Kapital entmachten können.

Ingolf Becker

Deutsche und ausländische Arbeiter:

## EIN GEMEINSAMER KAMPF!

Gedanken eines spanischen Kollegen zur Bedeutung des 1. Mai

Heute, wie alljährlich, wird der 1. Mai unser Tag sein, der Tag des Arbeiters, und einige Stunden lang werden wir zusammen und vereint sein. Aber wir sollten uns eine Frage stellen: Soll unsere Kundgebung nur einige wenige Stunden dauern, und sollen wir denn nur an diesem einzigen Tag vereint sein? Wir können darauf nur eine einzige Antwort geben: NEIN!

Unsere Einheit sollte Tag für Tag stärker und wirksamer werden. Die Arbeiter sollten untereinander noch mehr Kontakt aufnehmen. Unsere Forderungen, unser Kampf, müssen dauerhaft sein, ohne daß wir auch nur einen Augenblick lang rasten und ruhen. Alle Errungenschaften, die wir erreichen werden keine gnädigen Geschenke der Herren Kapitalisten sein, sondern wir werden sie uns mit allen Mitteln und vereinter Kraft erkämpfen müssen, Tag für Tag, Augenblick für Augenblick. Wir müssen verstehen, daß jeder Erfolg eine Sprosse ist, die wir auf der langen Leiter unserer Zukunft erstiegen haben. Wir dürfen aber dann nicht auf dieser Sprosse stehen bleiben, sondern müssen versuchen, weiterzukommen. Deswegen muß unser Kampf die treibende Kraft für unsere Einheit sein. Wir wissen, daß der Kapitalismus mit allen Mitteln versuchen wird, uns zu spalten, und daß deshalb unsere Kraft nur in der Einheit liegen kann. Deshalb müssen wir uns diesmal am 1. Mai noch viel stärker beteiligen als bisher, um dem

Kapital zu zeigen, daß unsere Einheit besteht und bestehen wird - Tag für Tag, jeden Moment im Kampf um unsere Forderungen, daß wir stärker werden, einiger werden und einen festen Block bilden, unteilbar und unzerstörbar.

Wir haben noch einen langen Weg vor uns und viel zu kämpfen!

Viele Jugendliche finden keinen Arbeitsplatz, und für dieses Problem gibt es nicht mal eine wirkliche Planung und Lösung. Diese Jugend hat in dieser kapitalistischen Gesellschaft keine echte Zukunft, und deshalb wird sie Tag für Tag aufbegehren gegen eine Gesellschaft, die sie so abseits liegen läßt.

Die Frau wird in der Arbeitswelt diskriminiert, sie bekommt weniger Lohn für die gleiche Arbeit. Die Frau gilt in dieser Gesellschaft nur als etwas Zweit-rangiges, als reines Sexualobjekt. Ihr werden Chancengleichheit und Zugang zu höheren Posten weitgehend verweigert.

Wir ausländischen Arbeiter wissen, daß der Kampf beginnt, sobald wir aufstehen und daß er den ganzen Tag lang andauert. Dies zwingt uns, auch täglich kampfbereit zu sein, denn das Leben ist ein ständiger Kampf. Richtig leben können wir nur, wenn wir schlafen, und dann träumen wir von einer besseren Gesellschaft, wo wir mehr gelten. Nur in diesen Momenten leben wir richtig auf. Aber manchmal werden wir aus dem Traum gerissen, weil dann plötzlich eine riesige

Hand uns das Anrecht auf eigene Träume wegnimmt. Der 1. Mai ist für uns ein Tag der Freude, aber auch ein Tag des Nachdenkens. Weil wir am Tag darauf wieder den Kampf aufnehmen müssen. Mit der einen Hand müssen wir das Wenige, was wir schon erreicht haben, festhalten, und mit der anderen Hand müssen wir von dem großen Brocken, der eigentlich uns zusteht und gehört, den sich aber die Kapitalisten angeeignet haben, immer mehr für uns zurückerringen.

Wir wissen, daß das Kapital uns nur als rentable Maschinen gelten läßt, daß es uns aber sonst jeden Zugang zu einem sozialen und menschlichen Leben versperrt. Deshalb ist für uns der 1. Mai ein Tag der Gemeinschaft mit den unsrigen, den Kollegen und Kolleginnen, aber gleichzeitig muß der Protestruf erschallen weit über den 1. Mai hinaus, weil er unseren Schmerz und unsere unwürdige Behandlung ausdrückt. Es ist ein Schrei von Menschen dritter Klasse gegen die kapitalistische Gesellschaft.

Ich appelliere an alle und an mich selbst: dieser 1. Mai soll uns dazu dienen, noch einiger zu sein. Wir müssen uns bei diesen Zusammenkünften klare Aufgaben stellen zum Wohle aller Arbeiter.

Für die Einheit aller Arbeiter! Für kämpferische und antikapitalistische Gewerkschaften.

Es lebe der 1. Mai!  
Luis Cabañas, Metallarbeiter, Remscheid  
Spanischer Sozialist und Gewerkschafter



Der diesjährige Bundeskongreß der Jungsozialisten in Aschaffenburg stand ganz im Zeichen der von allen Seiten beschworenen "Konsolidierung" des Verbandes. Doch die Bemühungen in diese Richtung erschöpften sich überwiegend darin, für "solide" Verhältnisse bei den Vorstandswahlen zu sorgen. "Solide" hieß in diesem Fall: 3 Reformisten, 2 "Stamokaps" und 2 "Anti-Revisionisten", also die Fortsetzung der seit 2 Jahren bestehenden Mehrheitsverhältnisse im Bundesvorstand.

Bereits im Vorfeld des Kongresses wurde in den Bezirken (und Fraktionen) mehr oder weniger heftig um die Verteilung der Vorstandssitze gerungen. Denn erstens kandidierte Detlev Samland, ein den anderen Fraktionen als Störenfried der innerverbandlichen "Entspannung" erscheinender Vertreter der Reformisten, und zweitens hatten die "Stamokaps" über die ihnen nun mal stehenden zwei Vertreter hinaus Arno Brand als weiteren Kandidaten aufgestellt - dies hätte das "Gleichgewicht" natürlich gefährlich ins Wanken gebracht. Weder Diplomatie noch Abschreckung brachten beide Seiten von ihren Kandidaten ab. So wurde bei einer den Kongreß vorbereitenden Sitzung des Bezirksausschusses Niederrhein der Einwand von Reinhard Schütz, Detlev Samland sei auch im Bezirk Westliches Westfalen nicht gerade beliebt und die Reformisten mögen doch einen anderen Kandidaten aufstellen, gewissermaßen als Einmischung in die inneren Fraktionsangelegenheiten der Reformisten zurückgewiesen - schließlich schreibe man den anderen Fraktionen ihre Kandidaten ja auch nicht vor.

Doch ein erneuter Ausbruch des "kalten Fraktions-Krieges" konnte schließlich verhindert werden: Samland setzte sich gegen Arno Brand, wenn auch erst im zweiten Wahlgang, durch - der Proporz war gewahrt, der Frieden wiederhergestellt.

Wer also unter "Konsolidierung" versteht, daß von Bundesebene

Juso-Bundeskongreß 1979 in Aschaffenburg:

# DEN WORTEN MÜSSEN TATEN FOLGEN!



fundierte theoretische Erarbeitungen und greifbare praktische Anregungen ausgehen, die dem Verband wieder neue Impulse geben und ihn aus seinem Tief reisen könnten - der war wohl vom Kongreß einigermaßen enttäuscht.

Die Antragsberatung plätscherte ohne Höhepunkte dahin. Differenzen über grundsätzliche Fragen kamen kaum auf - oder sie wurden im Sinne der "Konsolidierung" peinlich vermieden.

Eine Diskussion über den Antrag aus Berlin zur "Wirtschaftsdemokratie", die wichtige grundsätzliche Fragen und Probleme zum Thema Sozialisierung und demokratische Kontrolle hätte aufwerfen können, wurde im Plenum abgelehnt. Man einigte sich lediglich darauf, den Antrag als Diskussionsbeitrag zu begrüßen und ihn zur Beratung an die Arbeitsgemeinschaften zu verschicken, wobei die Reformisten auch damit nicht recht einverstanden waren. Ohne dazu im Plenum klar Stellung zu beziehen, war von ihnen am Rande zu hören, daß sie von der Beratung dererlei Fragen überhaupt nichts hielten - schließlich gäbe es dazu bereits Beschlüsse. Offenbar gehen sie davon aus, daß diese Beschlüsse inhaltlich ausreichend und überhaupt dazu da sind, beschlossen und zu den Akten gelegt zu werden.

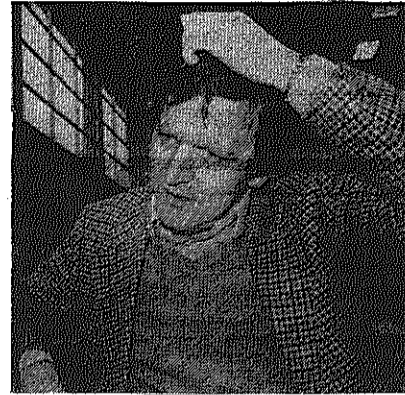
Wir können uns an dieser Stelle nicht ausführlich mit dem Berliner Antrag befassen, was jedoch in Form eines gesonderten Artikels oder einer Broschüre noch geschehen soll. Wenngleich auch wir mit vielen (wenn nicht den meisten) Positionen dieses Antrags nicht übereinstimmen, halten wir eine Diskussion über die darin angeschnittenen Fragen für notwendig.

Wer gerne seinen marxistischen Anspruch hervorhebt, kann es nicht dabei bewenden lassen, Allgemeinplätze zur Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien zu verabschieden. Gerade auf dem Wirtschaftssektor müssen Ziele konkretisiert und vor allem die Wege dorthin auf dem Hintergrund der realen Entwicklungen ständig überprüft werden. Dies versucht der Antrag zumindest, wenn auch unzulänglich, und sollte darum auch breit diskutiert werden.

Was nun die Arbeit im vergangenen Jahr angeht, konnte Gerhard Schröder in seinem politischen Rechenschaftsbericht auch nicht gerade eine glanzvolle Bilanz aufweisen. Aber er hatte ja auch im Vorjahr, wie er selbst feststellte, "nichts versprochen" und damit das Anspruchsniveau treffend gekennzeichnet. Auf welchem Tiefpunkt der Verband steht, läßt sich vielleicht daran ermesen, daß z. B. das Nicht-Einrichten einer Jung-AfA (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen) als großartiger Erfolg verkauft oder die Erstellung einer Aktivisten-Kartei als Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit dargestellt wurde!

Auch der Versuch, offensives Auftreten gegenüber der Parteiführung nachzuweisen, klang reichlich bemüht, z. B. habe man "durchgesetzt, bei den Jugendvertreterwahlen zur Wahl der DGB-Gewerkschaften aufzurufen". Und damit man den durchschlagenden Erfolg dieses Kraftakts auch richtig würdigt: "Wer die Auseinandersetzung um diese Frage kennt, weiß, daß dies keine Selbstverständlichkeit war. Nach Auffassung des Parteivorstands gibt es auch andere unterstützenswerte Gewerkschaften". Welch ungeheu-

re Machtproben mögen sich bei ähnlichen Aufrufen in den früheren Jahren hinter den Kulissen abgespielt haben...?



Alter und neuer Juso-Vorsitzender Schröder - eine Woche vor Erreichen der Altersgrenze gewöhlt.

Der einzig konkrete Fortschritt in dieser Hinsicht, von dem Schröder berichten konnte, ist die Rücknahme der sog. "Einvernehmensrichtlinien" (Zwang zur Abstimmung der Juso-Öffentlichkeitsarbeit mit der Partei), die laut Schröder zur Zeit zur Diskussion steht - auch wenn dies wohl mehr als "Zuckerbrot" für Wohlverhalten denn als Zugeständnis an die kämpferische Standhaftigkeit des Bundesvorstands in dieser Frage anzusehen ist.

Auffallend breiten Raum (wenn auch nicht den Hauptschwerpunkt) nahm in Schröders Rede das Thema Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit ein. Auch im Rahmen der Arbeitskreisberatungen wurde diese Frage in mehreren Arbeitsgruppen behandelt, wobei sich herausstellte, daß in einigen Unterbezirken schon in diesem Bereich gearbeitet wird. Ein vom

Bundesvorstand neu eingerichteter Info-Dienst zur Betriebsarbeit gibt ebenfalls zu Hoffnungen Anlaß.

Doch die Frage ist, wie diese sicherlich positiven Ansätze entwickelt werden.

Denn zu einer Verankerung in der arbeitenden Jugend, wie VORAN dies schon immer gefordert hat und wie es offenbar inzwischen allgemein als vordringliche Aufgabe angesehen wird, gehört noch einiges mehr.

zunächst die grundlegende Umorientierung (nicht nur in Worten!) des gesamten Verbandes auf die Probleme der arbeitenden Jugend - unter Zurückdrängung bzw. Unterordnung anderer noch so wichtiger Themen - , wobei dies nicht nur als zeitweilige Episode sondern als ständiges Arbeitsfeld gesehen werden muß.

Nur so ist es möglich, Kampagnen der ganzen Arbeitsgemeinschaft mit dieser Ausrichtung, z. B. zum Thema Jugendarbeitslosigkeit, durchzuführen.

Diese Arbeit steht und fällt aber mit einer vernünftigen inhaltlichen Grundlage. Eine dringende Aufgabe wäre es, endlich einmal ein umfassendes Aktionsprogramm für die arbeitende Jugend auszuarbeiten, das sich nach außen richtet und einem jungen Arbeitnehmer als Plattform der Diskussion und Forderungskatalog der Jusos in die Hand gedrückt werden kann. Ein solches Programm müßte die brennenden Probleme der Jugend in Beruf, Ausbildung, Schule und Freizeit aufgreifen und grundlegenden Lösungsmöglichkeiten, d. h. die Notwendigkeit einer sozialistischen Veränderung der Gesellschaft, aufzeigen.

Beschwören wurde die Notwendigkeit der Umorientierung lange genug, sie muß nun endlich - auch und gerade vom Bundesvorstand - in die Praxis umgesetzt werden. Geredet wurde in Aschaffenburg viel darüber - bleibt abzuwarten, ob auch Taten folgen.

Angela Barkert, Juso-Vorstandsmitglied Remscheid

Seevetal bei Hamburg:

# GEMEINDEVERWALTUNG BLOCKIERT JUGENDZENTRUM

Wir, die Benutzer des Jugendzentrums Seevetal in Meckelfeld (ein paar Kilometer südlich der Hamburger Stadtgrenze) wenden uns an Euch, weil wir erstens meinen, daß Ihr das Recht habt, über die folgenden Vorkommnisse informiert zu werden, zum anderen hoffen, daß ihr uns helfen könnt.

Offiziell angefangen zu existieren hat unser Jugendzentrum (JZ) am 5. März 1977, voran gingen jedoch 2 Jahre harter Arbeit. Dann endlich, nachdem man uns von einem Haus zum anderen schickte (u. a. ein altes Bahnhofsgebäude in Hittfeld), gelang es uns, ein altes Bauernhaus (ehemalige Gaststätte) mit Gemeingeldern und eigener Arbeit als JZ nutzbar zu machen. Die Eröffnungsfeier war mit 600 Jugendlichen sehr gut besucht, es spielten mehrere Musikbands und bei Speis' und Trank feierte man, endlich daß erreicht zu haben, wofür man 2 Jahre lang gearbeitet hatte. Ein "das kann uns doch keiner mehr nehmen!" - Gefühl machte sich unter den Besuchern breit, und so entwickelten sie mit der Zeit eine richtige Beziehung zu diesem Haus.

Die gemütliche Atmosphäre des Bauernhauses (tiefliegende Deckenbalken, große Diele) sowie die Umgebung (an einem Baggersee gelegen) gab den Jugendlichen das Bewußtsein, ein "Zuhause" gefunden zu haben. Am Anfang gab es noch einige Probleme mit den Öffnungszeiten, Alkohol, Diebstählen und Schlägereien, die aber innerhalb weniger Monate (z. B. durch das Installieren einer Außenbeleuchtung, einem zeitweiligen Alkoholverbot und andere Dinge) weitgehend gelöst wurden.

Die 1 1/2 Jahre Betriebszeit des Jugendzentrums zeichneten sich, wie in allen anderen Jugendzentren durch Höhen und Tiefen aus. So wurden Arbeitsgruppen gegründet und aufgelöst (die einzigen



Jugend will sinnvolle Freizeitmöglichkeiten

beiden AG's, die durchgehend bestanden, sind unsere Fußball- und Zeitungsgruppe), unsere Musikanlage zweimal gestohlen, eine Anliegerversammlung durchgeführt, die Jubiläumsfeier mit 500 Personen begangen, und schließlich fast ein halbes Jahr den JZ-Betrieb in nur einem Drittel des JZ Gebäudes fortgeführt (der Rest war Baustelle).

Dann - am 24.10.1978 - zwei Wochen nachdem die Renovierung beendet war, fiel unser Gebäude einem Brandstifter zum Opfer, von dem wir weder wissen, wer es war, noch warum er es getan hatte.

Wir trauerten eine Zeitlang, hofften aber, daß man das Gebäude so schnell wie möglich wieder auf-

bauen würde. Statt dessen versucht man von seiten der Gemeindeverwaltung mit allen Mitteln zu verhindern, daß unser Jugendzentrum wieder auf dem alten Standort errichtet wird.

Die herrliche Lage am See und die Atmosphäre des Hauses, sowie die jahrelange Arbeit war für sie ohne Bedeutung. Das einzige Argument der Verwaltung - die Beschwerden der Anlieger wegen Lärmbelästigung - konnte von uns durch einen konstruktiven Vorschlag entkräftet werden (Wird von den Anliegern bestätigt). Anstatt aber dies zu akzeptieren, zaubert man immer neue Standorte aus dem Ärmel (unter anderem im Gewerbegebiet, auf einem Acker außerhalb des Ortes und eine alte Bahnhofs-gaststätte direkt neben den Gleisen des Güterbahnhofs, sowie der Schnellfahrstrecke Hamburg-Hannover, um so die endgültige Standortentscheidung so lange

wie möglich hinauszuzögern. Doch damit nicht genug. Wir sind ein selbstverwaltetes Jugendzentrum - zwar nicht vollständig - waren aber bislang in der Lage, alle wichtigen Entscheidungen selbst zu treffen.

Zur Organisationsform: Die Gemeinde bezahlte die Gebäudekosten (Strom, Gas, etc.) sowie das Arbeitsmaterial. Die innere Verwaltung übernahm der hiesige Ortsjugendring, der wiederum delegierte sie an unseren "Verein Selbstverwaltetes JZ", wodurch wir all jene Dinge zu übernehmen und finanzieren hatten, wie Veranstaltungen, Gruppenarbeit, Aufsicht, Getränkeverkauf etc., die den inneren Betrieb des JZ ausmachten.

Während der Zeit, wo uns das JZ vollständig zur Verfügung stand, waren wir darin eigentlich sehr erfolgreich. In der Bauzeit jedoch konnte ein allmähliches Erlahmen der Aktivitäten nicht verhindert werden.

Obwohl unsere Jugendarbeit allgemein anerkannt wurde, verhängte die Gemeindeverwaltung auf Drängen des neuen Gemeindedirektors mehrere Sanktionen gegen uns, mit dem Ziel, unsere Selbstverwaltung einzuschränken (so brachte man ein neues Schloß im JZ an und gab uns nur drei Schlüssel in die Hand).

Nachdem das Jugendzentrum nun abgebrannt ist und wir in zwei Klassenräumen eines Schulpavillon hausen, versuchte man erst kürzlich, die Räume ganz zu schließen - wieder auf Drängen des Gemeindedirektors. Als dieses nicht gelang, erreichte die Verwaltung letzte Woche ein Gemeinderatsbeschluss, wonach das JZ nur noch bei Anwesenheit von Hauptamtlichen (das ist aber nur unsere Sozialpädagogin) geöffnet werden soll. Dieser Beschluß würde z. B. zur Folge haben, das jeden Sonntag und jeden zweiten Samstag geschlossen wäre, ferner starke Einschränkungen in der Woche. Im Augen-

blick traut man sich noch nicht, diesen Beschluß konsequent durchzuführen - aber wie lange noch?

Die einzige Möglichkeit, uns dagegen zu wehren, sehen wir darin, in die Öffentlichkeit zu gehen, denn die Absichten der Verwaltung sind offensichtlich.

Das permanente Aufschieben der Entscheidung über einen neuen JZ-Standort, sowie die Liquidierung unserer Selbstverwaltung, dient nur dem einen Zweck, uns Jugendliche müde zu machen, bis wir resigniert und enttäuscht aufgeben und auseinanderfallen, was zum Teil schon der Fall ist, um dann seitens der Gemeinde zu sagen: "Die Notwendigkeit eines Gemeindezentrums ist offensichtlich nicht mehr vorhanden!"

Wir fragen uns ernsthaft, warum man es zuläßt, daß die Jugendarbeit von vielen Jahren zerstört wird, auf Grund eines - wie wir glauben müssen - jugendfeindlichen Gemeindedirektors und einiger ähnlich gesinnter in der Verwaltung. Doch nicht nur das JZ ist davon betroffen, auch andere Bereiche der Jugendpolitik. Man braucht nur die Arbeitsbedingungen des Gemeindejugendpflegers und der Erzieherin auf dem Aktivspielplatz in Meckelfeld zu betrachten. Es werden kaum Arbeitsmittel bewilligt, außerdem fehlt es an jeglicher Unterstützung der Verwaltung für die Jugendarbeit, sodaß beide gezwungen sind, ihre Stellung aufzugeben.

Da die Aussichten, daß diese Stellen in nächster Zeit neu besetzt werden, mehr als schlecht sind, meinen wir, mit Recht von einem jugendpolitischen Notstand in unserer Gemeinde Seevetal sprechen zu können.

Verein selbstverwaltetes Jugendzentrum Seevetal e.V.  
Der Vorstand

Rolf Conrad

Zum 30. Jahrestag des Grundgesetzes

# ABBAU VON GRUNDRECHTEN

Vor 30 Jahren, am 23. Mai 1949, wurde in Bonn das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verkündet. Vom damaligen 65köpfigen "Parlamentarischen Rat" und den westlichen Besatzungsmächten USA, Großbritannien und Frankreich gebildet, bildete es eine "vorläufige Verfassung" für die BRD. Obwohl das Grundgesetz unter dem damaligen Druck der Betriebe und der Straße wichtige Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung enthält, hat die stufenweise Verwässerung und der offensichtliche Abbau von Grundrechten in den letzten 30 Jahren eines deutlich gezeigt:

Selbst die in der Verfassung festgeschriebenen Grundrechte müssen für die breite Masse der Bevölkerung eine leere Phrase bleiben, solange eine winzige Minderheit (die Kapitalistenklasse) wirtschaftlich und politisch die Macht ausübt.

Ein Gesetz, eine Verfassung ist nicht ein alleine von "unabhängigen" Experten gedanklich ausgebrütetes Ei, sondern in erster Linie Ausdruck eines bestehenden Kräfteverhältnisses in Wirtschaft und Gesellschaft. Dies gilt auch für das Grundgesetz.

### Weimar und Hitler

Die BRD ist nicht die erste bürgerlich demokratische Republik in der deutschen Geschichte. Von 1919 bis 1933 bestand die Weimarer Republik, deren Verfassung und Gesetze auch manch uraltem Wunsch der Arbeiterbewegung entgegenkamen. Aber schließlich machte die Kapitalistenklasse deutlich, wie wenig sie von gesetzlichen Grundrechten hält, wenn diese ihren eigenen Interessen im Wege stehen. Hitler war vom Großkapital finanziert und kam 1933 völlig "legal" an die Macht. Seine faschistische Diktatur war in den Augen der Großkonzerne und Großbanken die letzte Rettung vor der tödlichen Bedrohung durch eine mächtige Arbeiterbewegung.

### Zusammenbruch 1945

Nach dem Zusammenbruch der Hitlerdiktatur 1945 waren sich Millionen von Arbeitern in einem einig:

Eine wirkliche Demokratie kann nur gegen das Kapital durchgesetzt werden, und dies erfordert die Enteignung des Industrie- und Finanzkapitals und der Großgrundbesitzer. Bei Abstimmungen in verschiedenen Betrieben und einzelnen Bundesländern Deutschlands sprachen sich in den Jahren unmittelbar nach Kriegsende große, wenn nicht gar erdrückende Mehrheiten der Arbeiter bzw. der ganzen Bevölkerung für die Sozialisierung bestimmter Industriezweige bzw. aller Schlüsselindustrien aus. Selbst die CDU melodierte 1947 in ihrem Ahlener Programm zugeben, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem dem Lebensinteresse des deutschen Volkes "nicht mehr gerecht geworden" sei.

### Prager Manifest der SPD

Innerhalb der SPD waren schon unmittelbar nach Hitlers "verfassungsmäßiger" Machtergreifung starke Tendenzen hervorgetreten, die radikale Schlußfolgerungen zogen und damit die eigene bisherige Politik kritisierten. So hieß es im Prager Manifest des SPD-Exilvorstandes von 1934:

"... Der Kampf zum Sturz der Diktatur kann nicht anders als revolutionär geführt werden... Der revolutionären Regierung obliegt... die sofortige Durchführung entscheidender politischer und sozialer Maßnahmen zur dauernden völligen Entmachtung des besiegten Gegners.  
Wir fordern:  
- Reinigung der Bürokratie, sofortige Umbesetzung aller leitenden Stellen  
- Unterbindung jeder konterrevolutionären Agitation.  
Die Zerschlagung des alten politischen Apparates muß gesichert werden gegen seine bisherigen gesellschaftlichen Träger. Das erfordert:  
- sofortige entschädigungslose

Enteignung der Großgrundbesitzer,  
- sofortige entschädigungslose Enteignung der Schwerindustrie  
- Vergesellschaftung und Übernahme der Großbanken durch die vom Reich bestimmten Leitungen."

### Stabilisierung des Kapitals

Nach dem Zusammenbruch der faschistischen Diktatur im Frühjahr 1945 wäre die Stunde dagewesen, um das Kapital endgültig zu entmachten und eine sozialistische Demokratie zu errichten. Die Masse der Bevölkerung litt stark unter Kriegsfolgen und Hunger und war für einen grundlegenden Wandel. Der faschistische Machtapparat lag am Boden zerstört und wäre kaum zum Widerstand gegen eine sozialistische Umwälzung fähig gewesen.

Die einzige relativ intakte Macht im Lande bildeten die Truppen der Besatzungsmächte. Und weil die westlichen Siegermächte schleunigst an der Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Stabilität eines kapitalistischen (West-) Deutschland interessiert waren, unternahmen sie alles, um unter dem Deckmantel einer oberflächlichen und scheinbaren "Entnazifizierung" den alten kapitalistischen Staatsapparat wieder in Gang zu setzen und mit "demokratischer" und parlamentarischer Fassade neu zu schmücken.

### Grundgesetz 1949

Das Grundgesetz war ein klarer Ausdruck dieser Bemühungen. Gleichzeitig jedoch wurden der Arbeiterschaft Zugeständnisse gemacht, um sie zu beruhigen und in diesen neuen bürgerlichen Staat einzubinden. Als ("unabänderbare") Grundrechte wurden mit aufgenommen: Streikrecht, Versammlungsfreiheit, Koalitionsfreiheit (Bildung von Arbeitervereinigungen, Gewerkschaften und Parteien), Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz, Gleichberechtigung von Mann und Frau...

In Artikel 20 wird jedem Deutschen das Recht zum Widerstand zugestanden gegen Versuche, die Grundordnung und Grundrechte abzuschaffen.

Artikel 15 ermöglicht sogar die Enteignung und Sozialisierung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln. Dieser Artikel sollte der damaligen breiten sozialistischen Bewegung den Eindruck vermitteln, daß die neue bürgerliche Republik alle Möglichkeiten für eine sozialistische Umgestaltung offenließe. In Wirklichkeit liegt den Nutznießern dieser Republik nichts ferner, als Artikel 15 konsequent anzuwenden.

Das Grundgesetz war in gewisser Sinne eine Neuauflage der Weimarer Reichsverfassung von 1919. Deshalb ist es auch reichlich zu sehen, wie ernst die herrschende Klasse ihren eigenen Verfassungstext nimmt. Zwischen 1919 und 1933 sahen die Staatsorgane passiv und wohlwollend zu, wie die Nazis ihre "verfassungs-

widrigen" Terrorbrutalität der Einschüchterung der Arbeiterbewegung aufbauten. Die Justiz drückte das rechte Auge zu und ließ die faschistischen Schläger und Mörder meistens wieder laufen. Die SPD-Führung gab sich noch 1933 der Illusion hin, daß Appelle an den bürgerlichen Staat noch vor der faschistischen Diktatur retten könnten - vergebens.

### Bürgerliche Demokratie

Für die Kapitalistenklasse ist parlamentarische Demokratie kein unumstößlicher Grundsatz. In Aufschwungszeiten, wenn keine unmittelbare Bedrohung des Kapitals durch die Arbeiterbewegung ansteht, ist diese "Demokratie" die billigste und beste Form kapitalistischer Herrschaft.

Ein sorgfältig ausbalanciertes System gegenseitiger Kontrolle durch die verschiedenen Institutionen (z. B. Bundestag, Bundesrat, Verfassungsgericht, Bundespräsident) soll dafür Sorge tragen, daß nicht nur eine Clique innerhalb der Kapitalistenklasse die Gesamtinteressen aller Kapitalisten handelt.

Gleichzeitig muß das Kapital aber auch dafür sorgen, daß die Arbeiterbewegung mit einigen Zugeständnissen bei der Stange gehalten wird.

Die im Grundgesetz aufgeführten unverzichtbaren Grundrechte sind alte Forderungen der Arbeiterbewegung und sind auch die wichtigsten Grundrechte einer sozialistischen Demokratie; ja, dort sind sie überhaupt erst voll und ganz in der Praxis zu verwirklichen.

### Abbau von Grundrechten

Denn in den letzten 30 Jahren haben gerade diese Grundrechte oftmals nur auf dem Papier bestanden. Sie wurden im wirklichen Leben ständig mißachtet und auch durch neu geschaffene Gesetze ständig eingeeignet und ausgehöhlt. Vielen Artikeln ist ja der Satz beigefügt: "Das Nähere regelt ein Bundesgesetz", oder etwas ähnliches.

Wie viele Auszubildende, berufstätige Frauen und ausländische Arbeiter können ein Lied davon singen, was es mit Artikel 1 des Grundgesetzes auf sich hat - "Die Würde des Menschen ist unantastbar".

Wie viele Kriegsdienstverweigerer haben sich schon auf Artikel 4, 3 berufen und doch kein Recht bekommen - "Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst

mit der Waffe gezwungen werden". Jeder weiß, was es heute angesichts der fortschreitenden Pressekonzentration mit der "Pressefreiheit" auf sich hat.

"Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich", heißt es in Artikel 10, aber trotz alledem werden säckeweise private Briefe aus Ostblockländern geöffnet, und nicht nur die.

### Notstandsgesetze

Die CDU/CSU war seit Gründung der Bundesrepublik die treibende Kraft, als es darum ging,



Aus ÖTV-Magazin.

bestehende Grundrechte zu entkräften bzw. (rechts) auszulegen. 1952 wurden politische Streiks gegen das damalige Betriebsverfassungsgesetz verboten. 1958 wurde einigen Länderregierungen unter sagt, zum Thema "nukleare Bewaffnung der Bundeswehr" Volksbefragungen durchzuführen. Und wenn unbequeme geplante Reformen abgeblockt werden sollten, dann mußte immer wieder das Bundesverfassungsgericht herhalten (wie vor kurzem, als die Wahl zwischen Zivil- und Wehrdienst freigestellt werden sollte).

1968 wurden von der damaligen Großen Koalition Kiesinger/Brandt die Notstandsgesetze eingeführt, die für die (unbestimmte) Dauer eines "Notstands" eine Ausschaltung des Parlamentes ermöglichen, außerdem den Einsatz der Bundeswehr im Innern (also letzten Endes gegen die Arbeiterklasse) und die Durchlöcherung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses.

### Terrorismus als Vorwand

Besonders das Auftreten des Terrorismus seit Anfang der 70er Jahre ist von den staatlichen Stellen als Vorwand genommen worden, um auf der Flamme dieser Hysterie die Staatsorgane zu stär-

ken, auszubauen und mit weitgehenden Vollmachten auszustatten.

Ein einheitliches Polizeigesetz für Bund und Länder, die Rechte der Polizei weit ausdehnen, was die Festnahme von Personen, Durchsuchungen und den Schußwaffengebrauch angeht.

Jeder informierte Kollege weiß auch, daß Strafrechtsreform und Strafrecht in den letzten Jahren abgeändert worden sind. Nach neuen Bestimmungen ist es jetzt möglich, Angeklagte vom Prozeß auszuschließen. (Im Dritten Reich gab es ähnliche Abwesenheitsverfahren, die dazu dienten, "aufrührerische" Verteidigungsreden zu unterbinden.)

### Gefahr für Arbeiterbewegung

Riesige Summen wurden und werden ausgeben für die Ausrüstung von Polizei und Bundesgrenzschutz mit Maschinengewehren und Handgranaten. Schon vor Jahren gab es Manöver von Bundeswehr und Grenzschutz mit dem Ziel, von Arbeitern besetzte Betriebe wieder zu räumen und eine Demonstration zu verhindern.

Der Terrorismus bot einen willkommenen und bestens geeigneten Vorwand, um alle diese Maßnahmen durchzusetzen. Ohne diesen Vorwand wäre eine größere Protestwelle aus der Masse der Bevölkerung entstanden.

Aber wer garantiert, daß diese Maßnahmen nicht schon in den 80er Jahren gegen Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Sozialisten und sonstige Linke angewandt werden?

Deshalb muß die Gewerkschaftsbewegung alles unternehmen, um eine Aushöhlung demokratischer Rechte zu verhindern. Die organisierte Arbeiterbewegung ist die einzige Kraft, die solche Tendenzen wirksam stoppen könnte. Doch damit alleine ist es noch nicht getan. Wenn wir die Lehren von Weimar und Chile verstanden haben, dann kann die Schlußfolgerung nur die sein:

Alle erkämpften Rechte müssen so lange noch vorläufig bleiben, solange das Großkapital noch das Sagen in diesem Lande hat. Eine echte Demokratie und eine Verwirklichung der im Grundgesetz immerhin feststehenden Grundrechte kann und wird es erst dann geben, wenn die entscheidenden Zentren der wirtschaftlichen (und politischen) Macht der Allgemeinheit gehören und demokratisch von der arbeitenden Bevölkerung kontrolliert und verwaltet werden.

Helmut Bergmann

# Interview mit einem Betriebsrat

**VORAN:** Kollege Menzler, Du bist aktives IG Metall-Mitglied und Betriebsrat in einem metallverarbeitenden Betrieb. Welche Forderungen sollten im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Arbeit in diesem Jahr stehen?

**LOTHAR MENZLER:** Nach wie vor stellt die Arbeitslosigkeit das größte Problem für die Arbeiter dar; die Gewerkschaften müssen mit der Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich reagieren und nach Durchsetzung dieser Forderungen darauf achten, daß die Unternehmer nicht versuchen, die Verkürzung der Arbeitszeit mit verstärkter Arbeitszeit und Überstunden zu umgehen.

**VORAN:** Deine Gewerkschaft, die IG Metall, hat nun vor vier Monaten einen Streik mit der Zielsetzung Arbeitszeitverkürzung geführt, aber noch nicht einmal einen Einstieg in die 35-Stunden-Woche erreicht.

**LOTHAR MENZLER:** Das ist richtig, aber man muß sehen, daß vor

Streikbeginn seitens der IG Metall Führung zwar auf die Forderung nach der 35-Stunden-Woche hingewiesen worden ist, man aber versäumt hat, den Kollegen den Grund für diese Forderung zu erklären. Daß die Erklärung nicht ausreichend war, hat meiner Ansicht nach die Abstimmung über Annahme oder Ablehnung des Ergebnisses gezeigt; gerade in kleinen und mittleren Betrieben wird der Sinn dieser Forderungen nicht verstanden. Hier muß verstärkt Gewerkschaftsarbeit geleistet werden.

Noch ein Wort zum Verhalten der Gewerkschaftsführung. Es zeigt sich im Verlauf des Streiks gezeigt, daß sich unsere Funktionäre mehr in den Betrieben aufhalten sollten, um die Meinung und Stimmung der Kollegen besser zu erfassen. Dies würde vielleicht verhindern, daß im entscheidenden Moment Übereinkommen mit den Unternehmern gegen den Willen der aktiv streikenden Kollegen abgeschlossen werden.

**VORAN:** Sollte sich innerhalb der Gewerkschaften etwas ändern?

**LOTHAR MENZLER:** Kurz zusammengefaßt: 1. Bessere Möglichkeiten für die einfachen Kollegen, auf die Politik der Gewerkschaften Einfluß zu nehmen, das heißt auch Verbesserung der Kontrolle über die Funktionäre durch die Gewerkschafter vor Ort.

2. Ein Überdenken der Mitverantwortung der Gewerkschafter als Betriebsräte und Aufsichtsräte in den Unternehmen. Wir können als Gewerkschafter nichts Entscheidendes in den Betrieben bestimmen und durchführen, müssen aber für die Unternehmer die negativen Aufgaben erledigen erledigen wie unser Kollege entlassen werden und welche bleiben können. Für manche Kollegen stellt sich das dann so dar: Der Unternehmer stellt ein, der Betriebsrat entläßt. Mitbestimmung in dieser Form ist für Gewerkschafter ein Problem, mit dem sich jeder Kollege auseinandersetzen sollte.

Vor fünf Jahren sahen wir den Ausbruch der portugiesischen Revolution. Einige Hundert unzufriedene Offiziere hatten sich in der Bewegung der Streitkräfte (MFA) zusammengeschlossen und gesammelt, um das bankrotte Caetano-Regime zu stürzen. Ihr ursprüngliches Ziel: die Errichtung einer bürgerlichen Demokratie in Portugal nach mitteleuropäischem Vorbild. Doch mit ihrem Putsch am 25. April '74 löste die MFA eine ungeheure Bewegung der portugiesischen Arbeiterklasse und aller übrigen unterdrückten Schichten aus, welche die Revolution sehr rasch weit über die ursprünglich von der MFA gesteckten Schranken hinaustrieb. - Trotzdem blieb die portugiesische Revolution auf halbem Wege stecken. Weil die Arbeiterklasse keine marxistische Organisation mit einer konsequenten Führung hatte, die den ganzen Weg zu Ende ging, wurden ihre Hoffnungen enttäuscht, ihre Initiativen erlahmten und die Reaktion gewann Zeit, wieder ihre Kräfte zu sammeln. Seit 4 Jahren versuchten verschiedene Regierungen, jeweils einen Schritt weiter nach rechts zu tun als ihre jeweilige Vorgängerin, um auf diese Weise den Boden vorzubereiten für einen entscheidenden Schlag gegen die Arbeiterklasse und die Errungenschaften der Revolution. Der folgende Artikel versucht, die verschiedenen Etappen der portugiesischen Revolution nachzuzeichnen, die Lehren daraus zu ziehen und Perspektiven für die weitere Entwicklung zu umreißen.

**Rückständigkeit**

Obwohl die portugiesische Revolution völlig überraschend ausbrach, kam sie nicht von ungefähr. Portugal ist das ärmste Land in Westeuropa. 48 Jahre lang haben Faschismus bzw. bonapartistische Militärdiktatur geherrscht. Trotz seiner industriellen Rückständigkeit war Portugal gleichzeitig Kolonialmacht und führte 13 Jahre lang einen teuren Krieg gegen die Befreiungsbewegungen in seinen afrikanischen Kolonien. 40% der Staatsausgaben wurden für Rüstung ausgegeben. Andererseits war Portugal aber selbst eine Kolonie westlicher Industriestaaten. Ein beachtlicher Teil der großen Industrie war in der Hand des ausländischen Kapitals. Deshalb war nur eine schwache einheimische Bourgeoisie vorhanden, und auf dem Land herrschten bis 1974 feudale Besitzverhältnisse vor.

**Militär**

Schon Monate vor dem Ausbruch der Revolution spitzten sich die ökonomischen und sozialen Widersprüche zu, so daß es trotz Verbot eine Serie von Streiks gab. Die Ausweglosigkeit und Sinnlosigkeit des Krieges radikalisierte die Soldaten in dem Maße, daß sie den Auslöser gaben für die Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Die MFA konnte aber von ihrer Zusammensetzung und von der Rolle her, die die Soldaten bzw. das ganze Militär bisher gespielt hatte, nicht die Führung einer sozialistischen Revolution übernehmen und diese bis zu ihrem konsequenten Ende treiben. Die MFA übernahm unter der Führung von General Spínola (den sie als Gallionsfigur an die Spitze gestellt hatte) zunächst zwar die Macht im Staate, aber im Laufe der Revolution spaltete sich die MFA in einen linken und rechten Flügel und wurde immer unfähiger, weitere Impulse für die Revolution zu geben.

**Arbeiterklasse**

Nach dem 25. April war es die Arbeiterklasse, die der Bewegung ihre Richtung gab. Die Arbeiter besetzten die Fabriken und wählten Arbeiterkomitees als Verwaltungs- und Kontrollorgane für ihre Betriebe und Wohngebiete. Die Landarbeiter im Süden besetzten ebenfalls das Land, verjagten ihre Gutsherren und bildeten Kooperativen. Die Gebäude der alten faschistischen Sindicatos (Scheinergewerkschaften) wurden besetzt. Überall erschien die Forderung nach einem Mindestlohn von 700 Mark. Die Bäckerarbeiter forderten als erste die Verstaatlichung ihrer Industrie. Diese gewaltige Welle von Streiks, Demonstrationen und die ersten Versuche der Arbeiter, die Wirtschaft in ihre Hände zu bekommen, wurde innerhalb der MFA unterschiedlich aufgenommen. Die meisten einfachen Soldaten und unteren Funktionsträger des Militärs sympathisierten mit den Arbeitern und erhofften sich aus der Bewegung eine Lösung ihrer Probleme. Die Führung der MFA um den Staatspräsidenten Spínola wollte aber keine sozialistische Revolution, sondern lediglich ein etwas

liberaleres System als das Caetano-Regime. Durch die revolutionären Aktionen der Arbeiter sah Spínola alsbald seine Interessen und die seiner Verbündeten, der liberalen Bourgeoisie, in Gefahr.

**Reaktion (erster Versuch)**

Spínola unternahm (mit Unterstützung des internationalen Imperialismus) verschiedene Versuche, die Revolution so rasch wie möglich zum Stillstand zu bringen und abzuwürgen. Doch alle diese Versuche scheiterten am spontanen Widerstand der Massen. Die Feitsche der Konterrevolution trieb letztlich die Revolution nur vorwärts, weil sie die Massen mobilisierte statt sie einzuschüchtern. Den ersten Versuch startete Spínola im Juli 1974. Sein Ministerpräsident Carlos Palma forderte vom Staatsrat "größere Machtbefugnisse", die Abhaltung von Wahlen für den Staatspräsidenten innerhalb von 3 Monaten, eine provisorische Verfassung und die Verschiebung der Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung auf 1976, um Spínolas Macht zu konsolidieren. Diese konterrevolutionäre Verschwörung erfolgte in Zusammenarbeit mit Spínola. Das Vorhaben scheiterte, Carlos Palma mußte unter dem Druck der Massen abtreten und einer linken Regierung Platz machen. Spínola behielt sein Amt vorerst, um eine günstigere Gelegenheit abzuwarten.

**Zweiter Versuch**

Im September '74 sah er seine Zeit gekommen. Er benutzte seine Stellung als Präsident, um die Wahlen zu verschieben. Gleichzeitig startete er eine demagogische Kampagne mit dem Ziel einer Volksabstimmung, in der er, "Held der Revolution", als Präsident bestätigt werden sollte. Über Nacht ließ Spínola in Lissabon, Porto und anderen Städten eine Unmenge Plakate anbringen auf denen an die "schweigende Mehrheit" appelliert und für eine Demonstration am 30. September in Lissabon mobilisiert wurde. Alle reaktionären Kräfte sollten versammelt werden. Zehntausende konterrevolutionäre Elemente sollten auf Lastwagen nach Lissabon verfrachtet werden. Gerüchte machten die Runde, wonach Waffen in die Hauptstadt geschmuggelt würden, um die Konterrevolution zu bewaffnen. Die Massen sahen sich alarmiert. Ohne auf die Signale ihrer Parteien zu warten, schritten sie zur Tat. Während KP-Führer Cunhal nichts zu ihrer Mobilisierung unternahm, sondern nur in den Spalten der Parteizeitung "Avante" Spínola kritisierte (den Organisator der Konterrevolution), weil er nichts unternahm, "um die Rechten zu stoppen", entstanden in den letzten Septembertagen an den Zufahrtsstraßen Lissabons überall Straßensperren und Barrikaden, die von bewaffneten Arbeitern und Soldaten bewacht wurden. Sie kontrollierten alle Autos und durchsuchten sie nach Waffen. Spínola mußte einen Rückzieher machen. Er sah, daß er für seinen Plan keine wirkliche Basis hatte und blies die Demonstration ab. Doch allein schon der Versuch, die Konterrevolution zu mobilisieren, hatte die

Arbeiterklasse nach links getrieben. Selbst die MFA-beherrschte Regierung rückte unter dem Druck der Massen weiter nach links. Spínola und seine 200 Anhänger wurden aus dem MFA-Rat entlassen. Arbeiter wurden von Soldaten mit Waffen versorgt zum Schutz gegen die Konterrevolution.

**Dritter Versuch**

Spínola hatte zwar seine Position verloren, aber er versuchte noch einmal einen abenteuerlichen Versuch zur Konterrevolution: Einen Putschversuch im März '75. Doch dieser bewirkte nur einen weiteren entscheidenden Antriebs für die Revolution. Mit zwei aus dem zweiten Weltkrieg stammenden Flugzeugen, ein paar Hubschraubern und ein paar Dutzend Fallschirmtruppen versuchte Spínola, eine zweifelhafte Revolto zu veranstalten. Der Plan scheiterte innerhalb von 90 Minuten. Keine Sektion der Streitkräfte stand dahinter. Soldaten verbrüderten sich mit den Arbeitern. Spínola floh nach Brasilien. Die Bankangestellten besetzten die Banken, weil sie nicht mehr zulassen wollten, wie die Bankdirektoren den Reaktionären Gelder zuschoben und wie Kapital ins Ausland geschafft wurde. Sie verlangten die Nationalisierung der Banken. Die MFA war schließlich gezwungen, nach anfänglichem Zögern die Banken und kurz darauf die Versicherungsgesellschaften zu verstaatlichen. Damit waren mit einem Schlag 50% der Wirtschaft verstaatlicht. Im April '75 wurden 14 Elektrizitätsgesellschaften, einige große Öl- und Stahlunternehmen, die Eisenbahn- und die Luftverkehrsgesellschaft verstaatlicht.

**Pattsituation**

Seither ist die Revolution in einer Sackgasse stecken geblieben. Die Bourgeoisie wagte es aufgrund der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse seither nicht mehr, einen offenen Versuch der Konterrevolution zu organisieren. Stattdessen versucht sie, Zeit zu gewinnen, um einen entscheidenden Schlag für die Zukunft vorzubereiten. Aus diesem Grunde versuchte jede der nacheinanderfolgenden Regierungen, einen kleinen Schritt weiter nach rechts zu gehen als ihre jeweilige Vorgängerin, indem sie Er-

ersetzen. Durch die Bildung von Arbeitermilizen wäre ein sicherer Schutz für die Revolution entstanden und jeder Versuch der Konterrevolution von vorneherein zum Scheitern verurteilt gewesen. Die noch in den Händen der ausländischen Kapitalisten liegenden Konzerne hätten verstaatlicht werden müssen. Durch Wahl und Abwahl der Funktionäre und deren Entlohnung in Höhe eines Facharbeiterlohns wäre einer Bürokratisierung ein Riegel vorgeschoben worden. Die Aufstellung eines nationalen Wirtschaftsplans durch die Räte hätte die nationalen Ressourcen optimal ausnutzen und die Arbeitslosigkeit rasch abbauen können. Eine sozialistische Räteregierung hätte sich auch auf dem

Bauarbeiterstreik an im September '75. Die 60.000 Bauarbeiter forderten 44% mehr Lohn. Dem Streik setzte die KP aber selbst keine andere Forderung auf, als: "Vasco (Goncalves) soll zurückkommen." Goncalves war ein hoher Vertreter des Militärs und stand der KP nahe. Er war aus der Regierung entlassen worden. Zwischen März und September 1975 hatte die KP eine vorübergehende Wendung nach links gemacht. Ihre vorhergehende opportunistische Politik wurde abgelöst durch eine Phase halberziger Versuche, die Macht zu erobern. Sie propagierte eine sozialistische Lösung nach Ostblock-Vorbild, was wegen seines diktatorischen Charakters natürlich keine große

**5 JAHRE NACH DER REVOLUTION VOM 25.4.74  
PORTUGAL  
ARBEITERDEMOKRATIE  
ODER BÜRGERKRIEG**

Land einen festen Rückhalt schaffen können: durch die Verstaatlichung des Großgrundbesitzes im Süden, die Bildung und materielle Unterstützung landwirtschaftlicher Kooperativen dort, sowie durch die Gewährung zinsloser Kredite für die Kleinbauern im Norden und einer Hilfe bei der Einführung besserer Technik für die Bewirtschaftung wäre der Reaktion ein für allemal die Grundlage entzogen worden. Doch die Arbeiterparteien waren weit davon entfernt, für ein marxistisches Programm zu mobilisieren - im Gegenteil!

**Kommunistische Partei**

Die KP Portugals bestand schon vor der Revolution. Sie arbeitete vorher im Untergrund. Die Füh-

Anziehungskraft bei den portugiesischen Arbeitern und Bauern hatte. Ihr Ziel versuchte die KP jedoch auf sehr bürokratische Weise und ohne eine echte Mobilisierung der Massen für deren eigene Räteorganisationen zu erreichen. Stattdessen versuchte sie, über Manöver hinter den Kulissen und eine geheime Verschwörung ihr nahestehender KP-Offiziere an die Regierung zu kommen. Ein Putschversuch scheiterte am 25. November kläglich. Diese Politik erlaubte es der Reaktion, die SP-Mitglieder, die Bauern im Norden und die Millionen arbeitslosen und ihres Besitzes verlustig gegangenen Flüchtlinge aus den afrikanischen Kolonien zu mobilisieren - für eine Kampagne zur Verteidigung der "Demokratie"!

**Sozialistische Partei**

Die Sozialistische Partei wurde im Exil von Soares mit Unterstützung westlicher sozialdemokratischer Parteien aufgebaut und wurde innerhalb kürzester Zeit nach dem April '74 zur größten Massenpartei der portugiesischen Arbeiterklasse. Soares wurde bei seiner Rückkehr aus dem Exil jubelnd empfangen. Die SP-Führung versuchte, die Stimmung der Arbeiter aufzufangen, sprach aber keine eindeutige Sprache und gab kein klares Ziel an. Verbalradikale, sozialistische Parolen standen im Widerspruch zu ihren Taten. Die SP mobilisierte nicht für die Errichtung eines Räteystems, sondern war einseitig auf einen Platz in Parlament und Regierung fixiert. Bei den Parlamentswahlen 1976 erhielt die Sozialistische Partei mit fast 40% die meisten Stimmen. Sie bildete daraufhin eine Minderheitsregierung. Bereits in seiner Regierungserklärung deutete Soares an, daß er die Wirtschaft nicht im Interesse der Arbeiter, sondern im Interesse der Unternehmer sanieren wollte. Er kündigte Einsparungen im öffentlichen Dienst an. Die Doppelbeschäftigung der Arbeiter sollte verboten werden, ohne daß eine Alternative angeboten wurde für einen ausreichenden Lebensstandard. Soares drohte an, die Arbeitsdisziplin in der portugiesischen Industrie wieder herzustellen: "Streiks dürfen nur als letztes Mittel ausgerufen werden und streikende Arbeiter können keine Bezahlung erwarten."



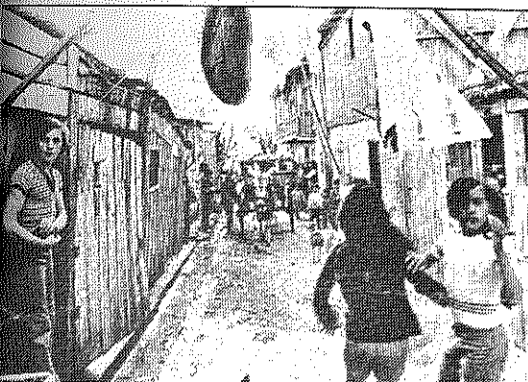
Putschist Spínola (links) mußte im März 1975 aus dem Land fliehen - in zwischen ist er wieder da. Weder SP-Chef Soares (Mitte) noch Cunhal (KP rechts) verfolgen eine konsequente sozialistische Politik.....

Arbeiterparteien der Revolution wieder abbaute, um dadurch die Arbeiterklasse zu erschöpfen und zu demoralisieren.

**Arbeiterparteien**

Keine der beiden Arbeiterparteien, SP und KP, war auf den Ausbruch der Revolution vorbereitet gewesen. Und weder die Sozialistische noch die Kommunistische Parteiführung entwickelte während der Bewegung ein Programm oder eine Perspektive für den Aufbau einer Arbeiterdemokratie. Genau das erwarteten die Arbeiter, aber von den Parteien, indem sie sich gewerkschaftlich und politisch organisierten. Die entstandenen Arbeiterkomitees hätten angeleitet und unterstützt werden müssen beim Aufbau eines engen Netzes lokaler, regionaler und nationaler Verbindungen, um so den alten sich auflösenden Staatsapparat durch ein Räteystem zu

Arbeiterparteien der Revolution wieder abbaute, um dadurch die Arbeiterklasse zu erschöpfen und zu demoralisieren. Die KP verfolgt seit dem Ausbruch der Revolution eine durch und durch widersprüchliche unmarxistische Politik. Als die Massen darangingen, Fabriken und Ländereien zu besetzen, verurteilte die KP dies als Linksextremismus. Sie erklärte klar, daß es jetzt nicht um eine sozialistische Revolution gehe, sondern darum, eine bürgerliche Demokratie zu schaffen, welche der Ausgangspunkt für eine 50jährige kapitalistische Entwicklung Portugals wäre. Nachdem aber die Arbeiterklasse einen Strich durch diese Rechnung machte und selbst aufgefördert und ohne politische Führung die sozialistische Revolution einleitete, versuchte die KP, Einfluß auf die Bewegung auszuüben. Sie unterstützte schließlich die Landarbeiter und hatte über die von ihr gegründete Gewerkschaft Intersindical Einfluß auf die Streikbewegung. So führte sie z. B. den



LINKS: Elendsviertel in Lissabon. RECHTS: Demonstration streikender Werftarbeiter



**Schritte nach rechts**

Die SP bildete damit nach der Revolution die erste Regierung, die die Errungenschaften der Revolution zum ersten Mal angriff. Unter dem Diktat des internationalen Währungsfonds, der Portugal mit Milliardenkrediten unterstützte, sollten Soares und seine Minister die Grundlage für eine funktionierende kapitalistische Gesellschaft schaffen. Die Bedingungen des IWFs hießen:

- Reprivatisierung von Betrieben und Land.
- Entschädigung an enteignete Großgrundbesitzer und Unternehmer.
- Kürzungen der Sozialleistungen und Infrastrukturmaßnahmen.
- Mehr Geld für Rüstung.
- Höhere Steuern.
- Lohnbegrenzung.

Es wurden die entsprechenden Gesetze zur Erfüllung der Forderungen des IWF verabschiedet. Aber Gesetze verabschieden ist eine Sache, sie durchsetzen eine andere. Diese Erfahrung mußte auch Soares machen. Es gelang ihm zwar z. T. mit Polizeieinsätzen einige Errungenschaften abzubauen, aber insgesamt scheiterte die Erfüllung seines Auftrages am harten Widerstand der Arbeiterklasse. Die Opposition innerhalb der Sozialistischen Partei gegen die Politik von Soares wurde immer stärker. Linke Oppositionelle traten aus Protest aus der Partei aus, viele wurden auch ausgeschlossen. Durch eine Satzungsänderung wurde der Einfluß der Basis auf die Führung stark beschnitten. Alles, was Soares schaffte, war die Demoralisierung der Arbeiterklasse. Aber das war der Reaktion, die sich hinter dem Sozialistenführer versteckte, nicht genug. Deshalb bestand sie im Februar auf eine Regierungsbeteiligung der CDS (Zentrumsdemokraten), um die Restauration kapitalistischer Verhältnisse zu beschleunigen. Zwar unternahm die Rechten alles, um die Sozialisten in der Regierung unter Druck zu setzen, mußten aber zu sehen, wie sich die Arbeiter er-

neut gegen Angriffe zur Wehr setzten. Insbesondere gelang es nicht, größere Ländereien an die alten Großgrundbesitzer zurückzugeben. Die Landarbeiter verteidigten zäh ihre Kooperativen. Eine Regierung, die unfähig war in ihrem Sinne zu regieren, war für die Bourgeoisie wertlos. Die Zentrumsdemokraten verließen deshalb die Regierung und entzogen Soares ihre Unterstützung. Soares wurde von Staatspräsident Eanes entlassen. Hier rächte sich die Unterstützung von General Eanes durch die SP. Die SP hatte im Jahr '76 ihre Mitglieder und Anhänger aufgefordert, Eanes als Staatspräsident zu wählen. Die portugiesische Sozialistische Partei spielte hier die gleiche verhängnisvolle Rolle wie die SPD im Jahr 1932, als sie Generalfeldmarschall Hindenburg bei der Reichspräsidenten-Wahl unterstützte. Eanes ist wie Hindenburg innerhalb des parlamentarischen Systems die letzte Sicherung für die Reaktion. Er kann das Parlament auflösen und eine bonapartistische Diktatur errichten, indem er parteilosen Technokraten die Macht übergibt oder selbst ohne Zustimmung eines Parlaments die Regierungsgewalt ausübt.

**Abbau von Errungenschaften**

Ende 1978 ernannte Eanes den parteilosen Technokraten und früheren Industriemanager Nobre da Costa zum Regierungschef. Er trat an mit der Devise: "Es ist besser, zehn Entscheidungen zu fällen, von denen drei falsch sind, als gar keine". Er konnte seine Entscheidungen aber nicht in die Praxis umsetzen, weil er keine Unterstützung dafür erhielt und war nach 17 Tagen erledigt. Seit Januar dieses Jahres steht der Rechtsprofessor Mota Pinto an der Spitze einer neuen Technokraten-Regierung. Es ist die zehnte Regierung seit 1974. Er will nun ein rigoroses Sanierungsprogramm durchsetzen und damit dieses Jahr den ersten ausgeglichenen Staatshaushalt verabschieden. Die Milliardenbeträge, die dazu eingespart werden müssen,

sollen über eine Senkung des Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung hereingeholt werden. Im öffentlichen Dienst und bei Infrastrukturmaßnahmen soll es massive Kürzungen geben. Die Arbeiterklasse soll mehr Steuern bezahlen. So soll z. B. die Hälfte des 13. Monatsgehalts als Steuer abgegeben werden. Gegen die Landarbeiter im Süden Portugals will Mota Pinto konsequent Polizei und Militär einsetzen, um die alten Besitz- und Herrschaftsverhältnisse in der Landwirtschaft wieder einzuführen. Es soll ein privater Neben-Bank-Sektor aufgebaut werden in Konkurrenz zu den verstaatlichten Banken. Der Informationsminister Proença de Carvalho führt über Presse und Rundfunk eine Hexenjagd gegen die Linke.

**Verteidigung**

Die Antwort der Arbeiterklasse auf den von Eanes angeführten Rechtsruck ist eine Welle von Streiks seit Dezember 1978. Im Februar streikten z. B. 75.000 Landarbeiter im Alentejo gegen die Angriffe auf ihre Kooperativen. 80.000 Arbeiter demonstrierten am 18. März gegen die Regierungspolitik. Ohne einen Bürgerkrieg zu riskieren, dessen Ausgang völlig ungewiß ist, hat die Reaktion keine Chance, die Errungenschaften der Revolution völlig abzubauen. Zwar wurden seit 1976 300 bis 400 kleinere und mittlere Betriebe reprivatisiert und in verstaatlichten Betrieben Arbeiterverwaltung und -kontrolle beseitigt und die früheren Manager wieder eingesetzt, aber noch sind 200 Großbetriebe ganz verstaatlicht und in weiteren 300 verfügt der Staat über die Mehrheit des Kapitals. Und in mindestens 1.200 Betrieben gibt es noch Arbeiterkomitees, die die Kontrolle über die meisten Alltagsfragen auf Betriebsebene ausüben. 100.000 ha Land wurden inzwischen an die alten Besitzer zurückgegeben, 20 Kooperativen aufgelöst und damit 13.000 Arbeitsplätze zerstört. Aber immer noch gibt es 380 Kooperativen, die 900.000 ha Land bewirtschaften.

ten. Die Arbeitslosigkeit beträgt gegenwärtig nach amtlichen Angaben 15%, die Inflation 36%. Die jährlichen Lohnerhöhungen betragen zwischen 15 und 20%. Ein Arbeiter verdient zwischen 350 und 400 Mark im Monat. Davon muß er in der Regel die Hälfte allein für Miete ausgeben. Seit '74 ist das Realeinkommen um 11% gesunken.

**Gewerkschaften**

Die Arbeiter sind bereit, sich gegen weitere Angriffe auf ihren Lebensstandard und den weiteren Abbau ihrer hart erkämpften Errungenschaften zur Wehr zu setzen. 82% der arbeitenden Bevölkerung sind gewerkschaftlich organisiert. Allerdings hat die Bourgeoisie kürzlich einen Versuch unternommen, die gewerkschaftliche Organisation zu schwächen und zu spalten. Mit Hilfe der bürgerlichen Partei PSD, einiger "unabhängiger" Rechten und einiger Führer der Sozialistischen Partei gründeten sie einen Konkurrenzverband zur Einheitsgewerkschaft Intersindical, die unter der Kontrolle der KP steht. Dieser Schritt wird jetzt eifrig aus z. T. sehr dubiosen Quellen unterstützt. Es kann sein, daß diese Gewerkschaft einigen Rückhalt unter solchen Arbeitern gewinnt, die von den bürokratischen Manövern und dem undemokratischen Vorgehen der KP-Funktionäre in der Intersindical abgestoßen sind. Doch die Neugründung der "UGTP" ist eindeutig ein Spaltungsversuch der Einheitsgewerkschaft von rechts. Ernsthaftige Sozialisten müssen dies ablehnen. Stattdessen sollten sie für eine Demokratisierung der Intersindical und für die Kontrolle der Basis über die Funktionäre kämpfen. Die Spalterorganisation UGTP ist vor dem Hintergrund einer seit einem Jahr wieder ansteigenden Streikwelle entstanden: Von Februar '78 bis Februar '79 gingen 2 Millionen Arbeitstage durch Streiks verloren, und das bei einer Beschäftigtenzahl von 3 Millionen. Bei ihrem Versuch, das Pendel nach rechts zu schieben, mußte die Reaktion außerdem die Erfahrung machen, daß ein Teil der Arbeiter bewaffnet ist. Während der Putschversuche Spínolas im September '74 und im März '75 wurden von den Soldaten 30.000 Waffen an die Arbeiter verteilt.

**Perspektiven**

Der Schlüssel für die Rettung der portugiesischen Revolution liegt bei der Bildung eines marxistischen Flügels in der Sozialistischen und Kommunistischen Partei. Denn beide Parteien sind trotz

der verräterischen Politik ihrer Führer noch immer die Massenparteien der portugiesischen Arbeiterklasse. Die Basis muß sich bewaffnen mit einem marxistischen Programm und einer klaren Perspektive, um den desolaten Zustand ihrer Parteien zu überwinden. Die portugiesische Arbeiterklasse hat seit '74 gewaltige Kämpfe hinter sich und enorme Leistungen vollbracht - und das, obwohl sie bis dahin kaum Kampferfahrung hatte, ein relativ geringen Anteil an der Gesamtbevölkerung ausmacht (etwa 1/3) und viele nicht lesen und schreiben können. Trotz der ganzen Angriffe auf den Lebensstandard und auf die Errungenschaften der Revolution, sind die Arbeiter mit ihrer Energie noch lange nicht am Ende. Dies zeigten die zähen Verteidigungskämpfe der Arbeiterklasse gegen jeden kleinen Angriff der Regierung. Es wird der Reaktion jedenfalls nicht gelingen, die Arbeiter in kurzer Zeit in die Knie zu zwingen. Zwar hat die Bourgeoisie es geschafft, einzelne kleine Schritte zurück zur Wiederherstellung des Privateigentums an Kapital zu organisieren. Doch der entscheidende Schlag steht noch bevor. Sie weiß, daß dieser nicht einfach sein wird, Sie muß ebenso wie bei den verschiedenen Versuchen Spínolas (der inzwischen wieder nach Portugal zurückgekehrt ist) mit einer spontanen Mobilisierung der Massen rechnen. Deswegen hat sie mit Hilfe der verschiedenen Regierungen Schritt für Schritt den Staatsapparat wieder aufgebaut. Die Armee wurde seit November 1975 gründlich gesäubert. Alle linken Soldaten und Offiziere wurden entlassen. An ihrer Stelle wurden verlässlichere Elemente aus den Reihen der aus den Kolonien heimkehrenden Siedler rekrutiert. Marxisten müssen die Basis der Arbeiterparteien Portugals vor der Gefahr eines blutigen Putsches warnen, der zu einem langen Bürgerkrieg führen kann, falls ihre Führung nicht baldmöglichst eine Wende ihrer Politik einleitet. Es ist noch nicht zu spät. Aber die Gefahr wird immer größer. Wenn es jedoch rechtzeitig gelingt, in der SP Portugals einen marxistischen Flügel aufzubauen, der die Mehrheit der Parteibasis hinter sich bringt, kann die Revolution aus ihrer Sackgasse heraus zu ihrem konsequenten Ende geführt werden: zur Errichtung einer sozialistischen Demokratie auf der Grundlage eines Räte-Systems, in der die vergesellschaftete Produktion von den Arbeitern selbst geplant und verwaltet wird.

Von Kurt Pfeifle und Ursula Beck

Nach dem Sieg am 25.4.1974 führen jubelnde Soldaten durch die Straßen und verbrüderten sich mit der Bevölkerung. Inzwischen ist die Armee gesäubert worden und geht gegen Landarbeiter vor.



**ENGLAND AM WENDEPUNKT**

Der diesjährige 1. Mai steht für die britische Arbeiterbewegung im Zeichen von zwei wichtigen Ereignissen:

- Das Land erlebte gerade in den letzten Monaten praktisch ununterbrochen die größte Streikwelle seit dem Generalstreik von 1926.
- Für den 3. Mai sind Parlamentswahlen angesetzt. Für die Arbeiterbewegung geht es vordringlich darum, den Ansturm der vom Großkapital finanzierten Konservativen Partei abzuwehren.

Die konservative Regierung Heath von 1970-74 versuchte mehrmals, in einem reaktionären Betriebsverfassungsgesetz die innerbetrieblichen Befugnisse der Gewerkschaften einzuschränken. Die Antwort der Kollegen war eine massenhafte Arbeitsniederlegung am 1. Mai 1973. (Der 1. Mai ist in Großbritannien ein normaler Arbeitstag.)

Als Heath Anfang 1974 anlässlich des Bergarbeiterstreiks eine Machtprobe mit den Gewerkschaften provozierte, wurde er gestürzt. Durch Neuwahlen kam die von der Masse der organisierten Arbeiter unterstützte Labour Party an die Regierung.

Im Sommer 1975 einigten sich im "Social Contract" die Führer der wichtigsten Gewerkschaften und die Regierung auf eine "freiwillige" Beschränkung auf maximal 15% Lohnerhöhung, was angesichts einer wesentlich darüberliegenden Inflationsrate den allgemeinen Lebensstandard drückte. Viele Arbeiter wollten erst einmal abwarten, ob dadurch nicht doch die rosigsten Versprechungen ihrer Führer sich erfüllen würden. Aber die Resignation und Zurückhaltung von damals ist jetzt, besonders in den letzten Monaten, einer erneuten Kampfbereitschaft gewichen. Dabei waren es hauptsächlich die sehr schlecht bezahlten und teilweise schlecht organisierten Schichten der Arbeiterklasse, die der ganzen Gewerkschaftsbewegung einen Weg aufzeigten: So die Müllmänner, das Reinigungspersonal im öffentlichen Dienst, die Krankenschwestern, die Angestellten bei den Arbeits- und Sozialämtern. Viele von ihnen verdienten teilweise nicht mehr als 800.-DM brutto für eine Woche mit mehr als 40 Stunden !!!

Als nun die Masse der Arbeiter die gan-

ze Lohnpolitik der Labour-Regierung einfach rechts liegen ließ, sah das Kapital die Stunde für gekommen, um dem Labour Kabinettt aus "Dankbarkeit" den Laufpaß zu geben. Das Programm der Konservativen unter Thatcher ist ein Frontalangriff auf die Arbeiterbewegung. So sollen jährlich 28 Milliarden DM Staatsausgaben für soziale Zwecke - Gesundheitswesen, Bildung, Wohnungsbau - ersatzlos gestrichen werden. Den Gewerkschaften soll der "Giftzahn" gezogen werden, etwa durch ein verschärftes Streikrecht und den Stopp von Sozialhilfeeleistungen an Streikende. Eine Thatcher-Regierung mit diesem Programm wäre ein Rückschlag für die Arbeiterbewegung, sie müßte aber über kurz oder lang das gleiche Schicksal erleiden wie die Heath-Regierung 1974. In den nächsten Monaten und Jahren wäre aber auch eine Notstands-"Regierung der nationalen Rettung" nicht auszuschließen, in der sich hauptsächlich die Konservativen und die rechte Mehrheit der Labour-Parlamentarier zusammenschließen. Auf jeden Fall stehen den Britischen Inseln stürmische 80er Jahre bevor. Denn jede Regierung, die auf das Kapital hört, wird sich die Zähne ausbeissen an der starken Gewerkschaftsbewegung.

Die erste Direktwahl zum Europaparlament vom 7. - 10. Juni soll nach dem Willen der SPD-Führung als Meilenstein in der Geschichte der europäischen Einigung in zukünftige Geschichtsbücher eingehen. Gleichzeitig weckt unsere Partei auch Hoffnungen, daß bei einer starken Vertretung sozialdemokratischer und sozialistischer Abgeordneter im Europaparlament ein neues Blatt sozialer Demokratie für die Arbeitnehmer in ganz Europa aufgeschlagen werden kann. - Das Großkapital, die CDU/CSU und andere reaktionäre Kreise (wie z. B. Gerhard Löwenthal) andererseits wollen diese Wahl, wie schon die Bundestagswahlen 1972 und 1976, zur europäischen Grundsatzentscheidung zwischen "Freiheit" und "Sozialismus" hochstilisieren, wobei natürlich klar ist, daß es ihnen nicht um die Freiheit des Arbeiters gehen kann.

**Schwatzbude**

Viele Kollegen werden auch diesmal wieder ihre traditionelle Massenpartei wählen, die SPD. Aber die breite Masse der Arbeitnehmer und Jugendlichen verspricht sich von dieser Wahl recht wenig bzw. gar nichts. Daß in Parlamenten sowieso vielzuviel über die Köpfe der arbeitenden Bevölkerung hinweg geredet wird, daß das Parlament oft nichts anderes als eine Schwatzbude ist - dies ist die berechtigte Ansicht vieler Arbeiter. Die wirklichen Entscheidungen über unser Leben und unsere Zukunft - die werden nicht in Parlamenten gefällt, sondern ganz woanders - nämlich hauptsächlich dort, wo auch die wirtschaftliche Macht konzentriert ist, in den oberen Etagen der wenigen hundert Großkonzerne und Großbanken, die unsere Wirtschaft und damit unser Leben beherrschen. "Wirtschaftliche Macht wird zur politischen Macht", so heißt es schon zurecht im Godesberger Grundsatzzprogramm der SPD.

Umso mehr muß dies gelten für ein künstlich geschaffenes europäisches Parlament, das im luftleeren Raum hängt, ohne echte Vollmachten und Befugnisse. "Sicher, die Wahlen werden an den unzureichenden Befugnissen des europäischen Parlamentes zunächst nichts ändern", heißt es in den "Europa-Informationen" vom Vorstand der SPD. Auch die bürgerliche Presse muß zynisch eingestehen, daß aus dem ganzen Spektakel ohnehin nichts anderes herauskommen kann als eine Quasselbude: "Das Europa-Parlament: Es darf reden - hat aber nichts zu sagen", lautet die Unterzeile einer Karikatur in der großbürgerlichen FAZ (11.4.79). So müssen - auf ihre Weise - auch die unterschiedenen Verfechter der Europäischen Gemeinschaft eines eingestehen:

Entscheidende gesellschaftliche und politische Veränderungen im Sinne der Arbeiterbewegung sind noch nie von Parlamenten oder sonstigen staatlichen Gremien ausgegangen, am wenigsten von künstlichen übernationalen Gebilden, die nicht einmal einen Stellenwert haben im Rahmen einer nationalen bürgerlichen Demokratie.

Und auch die Materialschlacht um Europa, die überall auf uns einwirkt, kann uns nicht über zwei Tatsachen hinwegtäuschen:

- Der in den letzten 20-30 Jahren unternommene Versuch, auf kapitalistischer Grundlage (West-) Europa wirtschaftlich und politisch zu einigen, ist letzten Endes zum Scheitern verurteilt.

- Noch bizarrer muß deshalb der Versuch erscheinen, über verkrüppelte Institutionen eines kapitalistischen Europas diesen Kontinent im sozialistischen Sinne umgestalten zu wollen.

**Nationalstaat als Fessel**

Schon im vergangenen Jahrhundert erklärten die Gründer unserer Bewegung, Marx und Engels, wie der aufstrebende Kapitalismus die Produktivkräfte (Herrschaft des Menschen über die Natur), die Fabriken, Kommunikation, Technik und Wissenschaft in einem Ausmaß entwickelt, das über die engen Schranken des Privateigentums und der Grenze von Nationalstaaten bald hinaus geht. Privateigentum und Nationalstaat werden so zu einer Fessel für die weitere weltweite Entwicklung der Produktivkräfte. Im Godesberger Programm der SPD heißt es dazu: "Die gesellschaftlichen Kräfte, die die kapitalistische Welt aufgestellt

haben, versagen vor dieser Aufgabe unserer Zeit. Ihre Geschichte ist eine imponierende Entfaltung technischen und wirtschaftlichen Aufschwungs, aber auch eine Kette verheerender Kriege, riesiger Massenarbeitslosigkeit, entzündender Inflationen und wirtschaftlicher Unsicherheit."

**Kriege**

Dem ist nichts hinzuzufügen. Die beiden Weltkriege in diesem Jahrhundert sind genau ein Ausdruck für den Versuch, die Produktivkräfte ungehindert von den Schranken der Nationalstaaten zu entwickeln - durch Eroberungs- und Raubfeldzüge! Eine entscheidende Triebfeder hinter der historischen deutsch-französischen "Erbfeindschaft" war das Bedürfnis und das Streben, das Eisenerz Lothringens mit der Kohle des Saar- und Ruhrgebiets zu vereinen. Daher drei Kriege innerhalb von weniger als 80 Jahren, daher auch die französische Ruhrbesetzung 1923 und die Konflikte um Elsaß-Lothringen und das Saarland (das erst in den 50er Jahren wieder von der BRD einverleibt wurde).

Während auf der einen Seite schon zwei verheerende Weltkriege logische Folge der Entwicklung kapitalistischer Widersprüche auf internationaler Ebene waren, gab es andererseits in Aufschwungszeiten immer wieder Versuche, die Hemmnisse durch Zoll- und Staatsgrenzen abzubauen und eine wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit zwischen den kapitalistischen Staaten herbeizuführen. Dieses besonders in Europa, einem Kontinent, der geradezu nach Einigung schreit.

**Frühere Einigungsversuche**

In den 20er Jahren dieses Jahrhunderts versuchten der französische und deutsche Imperialismus, ihre gemeinsamen Interessen zu koordinieren. 1926 bildeten die Stahlproduzenten aus Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg eine internationale Rohstahlgemeinschaft. Auf den Vorschlag der Pariser Regierung, eine Föderation mit dem Ziel einer wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit in Europa zu gründen, antwortete der deutsche Außenminister Stresemann 1929 mit deutlichen Worten:

"Durch den Versailler Vertrag ist eine große Anzahl neuer Staaten geschaffen worden... möchte ich sagen, daß es unmöglich ist, daß sie zwar eine große Anzahl neuer Staaten geschaffen, aber ihre Einbeziehung in das europäische Wirtschaftssystem vollkommen beiseite gelassen haben... Was ist denn die Folge dieser Unterlassungssünde gewesen? Sie sehen neue Grenzen, neue Maße, neue Gewichte... ein fortwährendes Stocken des Verkehrs. Sind diese aus nationalem Prestige heraus geborenen Einzelheiten nicht sämtlich Dinge, die durch die Entwicklung der Zeit längst überholt wurden und diesem Erdteil einen außerordentlichen Nachteil zufügen...?" (Rede vor dem Völkerbund).

**Aus Kriegstreibern...**

Doch noch im selben Jahr wurden alle Versuche der Kapitalisten, zu einer internationalen Zusammenarbeit zu gelangen, durch die Weltwirtschaftskrise ihres eigenen Systems zunichte gemacht. Der New Yorker Börsenkrach vom 24. Oktober 1929 führte zu einem weltweiten Konjunktur-Zusammenbruch, zu Kapitalabzug, Zollerhöhungen, zum Konkurs zahlrei-

cher Banken und Konzerne. Internationale Zusammenarbeit war nicht mehr gefragt, jede einzelne nationale Kapitalistenklasse zog sich auf ihren eigenen Staatsapparat zurück und versuchte, sich von der Außenwelt unabhängig zu machen. In Deutschland, wo der Kapitalismus mit am stärksten von der Krise betroffen war, verhalf das Kapital dem Faschismus zur Macht und ebnete damit den Weg zum 2. Weltkrieg.

Nach 1945 war vor allem der imperialistischen Großmacht USA daran gelegen, den am Boden liegenden westeuropäischen Kapitalismus wieder aufzubauen, um stabile politische Verhältnisse auf Weltebene zu schaffen. Milliardenbeträge wurden als sogenannte "Marshall-Hilfe" bereitgestellt - unter der Bedingung, daß die Europäer wirtschaftlich zusammen-

die Absatzmöglichkeiten für die einzelne Unternehmung und damit die Chance zur Produktion in größeren Serien mit allen Vorteilen, die sich für die Rationalisierung in Produktion und Handel ergeben."

Dieselben Kapitalisten und Monopolherren, die noch 20 Jahre zuvor Hitler zur Macht verhalfen und von der Kriegsproduktion profitierten, waren jetzt auf einmal wieder zu "Europäern" geworden! Gewiß nicht aus Sentimentalität.

**Römische Verträge**

In Aufschwungszeiten können sich Kapitalisten immer zusammenraufen, wenn es darum geht, wachsende Absatzmärkte aufzuteilen. Sobald aber die Beute zusammenschürmpft, fangen sie wie eine Räuberbande an, sich untereinander darum zu zanken.

duktion rentabler durchführen und sind auch im Forschungsbereich überlegen.

**Konflikte**

Die EWG/EG hat als Zollunion den Welthandel in der Nachkriegszeit mit angeheizt, gleichzeitig ist sie jetzt jedoch zum Hemmschuh für den weiteren Welthandel geworden. In der westlichen Welt stehen sich heute drei Blöcke gegenüber, die schon seit Jahren untereinander Konflikte austragen, die deutlich Ansätze zu einem internationalen Handelskrieg zeigen. Denn schon öfter in den letzten Jahren haben Japan und die USA einseitig Einfuhrbeschränkungen für Güter aus den EG-Ländern verhängt und umgekehrt.

Aber diese heraufziehenden Konflikte zwischen den Blöcken dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß innerhalb der EG selbst der Keim zu großen Konflikten zwischen den kapitalistischen Rivalen gelegt ist - von Anfang an.

In den "goldenen" 60er Jahren konnte es auf der Grundlage eines steilen und fast ununterbrochenen Aufschwungs noch Fortschritte geben. Zollschranken wurden abgebaut, der Handel weitete sich aus. Allerdings galt dies nicht nur für die EG, sondern für alle westeuropäischen Länder, die sich in jenen Jahren ein Stück des Kuchens erwerben konnten.

Aber seit Anfang der 70er Jahre zeigt sich deutlich, daß die ehrgeizigen Pläne der europäischen Minister- und Bürokratenrunden zum Scheitern verurteilt sind. Die 1971 aufgestellte Zielsetzung, bis 1980 stufenweise eine Wirtschafts- und Währungsunion einzuführen, mußte sehr bald wieder begraben werden. Mit dem drastischen Kursverfall des amerikanischen Dollar geriet das internationale Währungsgefüge total aus den Fugen. Der 1972 gestartete Versuch, in einer "Währungsschlange" die verschiedenen europäischen Währungen aneinander zu binden, mußte nach kurzer Zeit wieder zu den Akten gelegt werden, weil einzelne Länder aus der "Schlange" eigenmächtig ausscheren. Regierungen werteten ihre Währungen ab, um dadurch die Konkurrenzfähigkeit ihrer eigenen nationalen Produkte zu steigern.

**Zerfall der EG**

In seinem Buch "Die Europäische Gemeinschaft" malt der Nürnberger Professor Wolfgang Harbrecht ein trübes, aber realistisches Bild vom Zustand der EG:

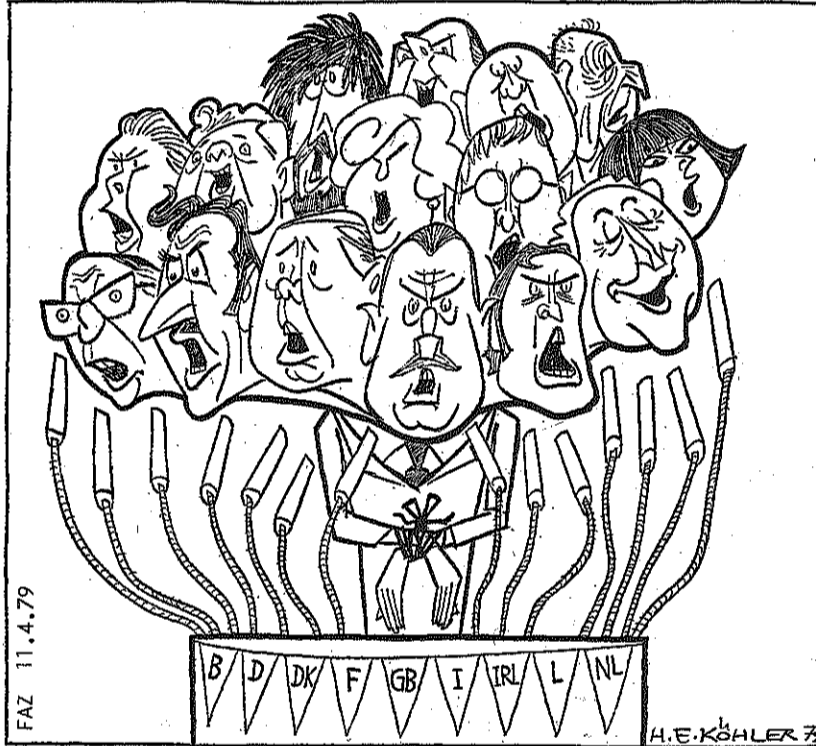
"... müssen erkennen, daß uns die wirtschaftliche Integration in der Europäischen Gemeinschaft auf dem Weg zu einem politisch vereinten Europa nicht vorwärts gebracht hat. Ja, sie müssen sogar zu der deprimierenden Erkenntnis gelangen, daß selbst auf wirtschaftlichem Gebiet der Wille zur Integration zunehmend erlahmt und daß die wirtschaftliche Integration in Europa, die noch keineswegs perfekt ist, zum Stillstand gekommen ist, wenn nicht sogar schon einer entgegengesetzten Tendenz der Desintegration gewichen ist... sie glauben schon Anzeichen eines beginnenden Zerfalls der Europäischen Gemeinschaft zu erkennen."

**2. Teil folgt in der nächsten Ausgabe**

# KAPITALISTISCHE EG

## Zerfall oder Integration ?

Hans-Gerd Öfinger, SPD-Mitglied Remscheid



Das Europa-Parlament: Es darf reden - hat aber nichts zu sagen  
SO ZYNISCH SIEHT AUCH DIE PRESSE DES KAPITALS DEN ZWECK DES ZU WÄHLENDEN EUROPA-PARLAMENTS.

arbeiten sollten. Bis 1950 wurden dann Schritte zur Erleichterung des gegenseitigen Warenverkehrs und des Zahlungsverkehrs eingeleitet. 1952 wurden im Rahmen der sogenannten Montan-Union alle Zölle im Bereich von Kohle und Stahl zwischen der BRD, Frankreich, Italien und den Benelux-Ländern abgeschafft.

**... werden »Europäer«**

In Bonn erkannten die politischen Vertreter des Kapitals, daß sich der deutsche Kapitalismus nur in Zusammenarbeit mit dem europäischen Kapitalismus und durch seine Absatzmärkte entwickeln konnte. So hieß es in einer Denkschrift des Bundeswirtschaftsministeriums von 1953:

"In den gegebenen nationalen Räumen ist bei dem derzeitigen Stand der internationalen Arbeitsteilung eine solche Steigerung zwar auf sehr vielen Gebieten durchaus möglich, aber sie stößt auf wesentlich engere Grenzen, als sie in einem größeren Wirtschaftsgebiet gegeben sind. Die Vorteile eines größeren Wirtschaftsgebietes liegen vor allem in der Chance, eine gesteigerte Arbeitsteilung durchzuführen. Sie gestattet eine bessere Verteilung der Produktionsstandorte... Sie gestattet auch die zusätzliche Ausnutzung brachliegender Produktionsreserven, deren komplementäre (einander ergänzende -d. A.) Teile auf getrennte Wirtschaftsgebiete verteilt sind. Der Markt eines größeren Wirtschaftsgebietes erhöht

Und weil in den 50er und 60er Jahren noch einmal ein Wirtschaftsaufschwung auf internationaler Ebene einsetzte, waren dadurch auch die Voraussetzungen für eine begrenzte Zusammenarbeit der kapitalistischen Mächte Westeuropas gegeben. 1958 traten die "Römischen Verträge" zur Bildung einer "Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" in Kraft. Die sechs Länder, die schon die Montan-Union gebildet hatten, vereinbarten darin u. a.:

- Abschaffung der Zölle
- Gemeinsame Zölle gegenüber Drittländern
- Freier Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr
- gemeinsame Landwirtschaftspolitik
- Schutz des internen Wettbewerbs vor Verfälschungen
- Koordinierung der Wirtschaftspolitik.

In der EWG schlossen sich die europäischen kapitalistischen Mächte zusammen, um den aufstrebenden wirtschaftlichen Weltmächten (USA, Japan, Sowjetunion) als ebenbürtiger Konkurrent entgegenzutreten zu können. Aber selbst bei einem optimalen wirtschaftlichen Zusammenschluß Westeuropas ( doch davon kann nicht einmal im Sinne der Römischen Verträge die Rede sein, würde der US-amerikanische Kapitalismus immer noch die EG als Gesamtheit überschatten. Die USA haben einen größeren einheitlichen Binnenmarkt, können Massenpro-



Auf Anregung unserer Leser wollen wir in dieser Form zukünftig (un-)regelmäßig auf Leserfragen eingehen. Dieses Mal wollen wir zu einer Frage Stellung nehmen, die jedem, der sich als Sozialist betrachtet, sehr oft von skeptischen Kollegen gestellt wird, die durch das abstoßende Beispiel des Ostblock-"Sozialismus" zu einer ablehnenden Haltung gegen eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft getrieben werden.

"Das Ganze ist doch eine Machtfrage. Solange wir nicht wirklich was mitzureden haben in den Betrieben, solange wir nicht die Macht und das Sagen in der Gesellschaft haben, können wir uns ewig abmühen und werden nur wenig Grundsätzliches an der Verbesserung unserer Lage erreichen." Auf diesen kurzen Nenner brachte ein Kollege aus einem Stahlbetrieb seine Meinung, als er von dem Tarifausschluß nach mehr als 40 Tagen Streik erfuhr. Er hatte recht.

Denn obwohl wir alle 4 Jahre ein Kreuzchen in der Wahlkabine machen dürfen, um unsere Parlamentsabgeordneten zu wählen, haben wir bei den vielen tagtäglichen Entscheidungen in Schule, Lehrwerkstatt, Betrieb, Wohnviertel, Stadtparlament, Landtag, Bundestag und Regierung nichts mitzureden, Ob Entlassungen durchgeführt werden - wir werden gar nicht gefragt. Wie und was unter welchen Arbeitsbedingungen produziert wird - was wir darüber denken, ist den Unternehmern piepegal; sie arbeiten nur für ihren Profit. Ob unsere Steuer-gelder für die Serienproduktion des MRCA-Kampfflugzeugs verpulvert werden - wir haben keinen Einfluß darauf. Ob vor unserer Haustüre in 2 Jahren ein Atomkraftwerk strahlen soll - das wird in den oberen Etagen der Energiekonzerne entschieden.

Wenn es in der Vergangenheit der Arbeiterbewegung gelungen ist, gewisse Erfolge und Errungenschaften zu ertrotzen, dann nur, weil sie dafür gekämpft hat und

nur, weil sie eine gewisse Macht darstellte. Doch die gesellschaftliche Macht üben nach wie vor die Unternehmer und Kapitaleigner aus. Sie bestimmen ganz direkt, was in ihren Betrieben passiert und auch, wohin Staat und Gesellschaft gesteuert werden.

VORAN ist der Meinung, daß nur durch die Enteignung und Entmachtung des Großkapitals die Grundlage für eine wirkliche Demokratie geschaffen werden kann. Nur wenn die gesamte Wirtschaft auf internationaler Ebene im Interesse der arbeitenden Bevölkerung auf der Basis einer nationalen Produktionsplanung organisiert wird, können für immer Hunger, Not, Elend, Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Wirtschaftskrisen, brachliegende Produktionskapazitäten und unbeschäftigte (aber arbeitswillige) Arbeitskräfte abgebaut werden.

Umweltzerstörung, verschärften Krisen, steigender Arbeitslosigkeit und sinkendem Lebensstandard bieten kann - tritt VORAN für eine grundlegende Veränderung der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur ein:

- Für die Verstaatlichung der 200 größten Konzerne und Monopole, aller Banken und Versicherungen
Für eine rationale volkswirtschaftliche Planung der Produktion in allen Bereichen und Industriezweigen
Dann könnten Überproduktionskrisen vermieden, Arbeitslose eingestellt, brachliegende Kapazitäten ausgenutzt und überall die modernsten und rationellsten Produktionstechniken eingeführt werden, was bei einer gleichmäßigen Verteilung der Arbeit auf alle sehr rasch zur Einführung der 35-Stunden-Woche oder gar

Wie könnten in diesen Aufsichtsräten die vielfältigen Interessen von Belegschaft, Bevölkerung und Verbrauchern zum Ausdruck kommen? Wie sollen sie zusammengesetzt sein?

- Ein Drittel Vertreter der Belegschaft, damit deren praktische Erfahrung zum Zug kommt und ihre Interessen gewahrt werden
Ein Drittel Vertreter der Gewerkschaft, damit die Koordination der Produktion mit angrenzenden Branchen gelingt und die allgemeinen Interessen der Arbeiterklasse Gehör finden
Ein Drittel Vertreter des Staates und der Regierung, um die Interessen einer breiten Öffentlichkeit und der Verbraucher zu berücksichtigen, und weil der Staat in einer sozialistischen Wirtschaftsordnung

Keiner darf mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen

Niemand erwirbt einen Posten auf Lebenszeit. Die Verwaltungsarbeit sollte allmählich von allen durchgeführt werden

Kein Einparteiensystem, sondern volle Freiheit für alle Parteien und Gruppen, die das Gemeineigentum an Produktionsmitteln anerkennen. Volle Freiheit auch für alle kritischen Kräfte, die nicht mit Gewalt gegen den Sozialismus vorgehen. Diese Forderungen und Prinzipien hat sich nicht ein kluger Kopf ausgedacht. Sie sind aus der praktischen Erfahrung der Arbeiterbewegung entstanden. Und die meisten dieser Forderungen wurden schon vor mehr als 100 Jahren in der Praxis erprobt: nämlich in der Pariser Kommune, als das Volk von Paris für wenige Wochen die Macht im Staat erobert hatte, aber durch die gemeinsamen Anstrengungen der französischen Bourgeoisie und der preussischen Armee wieder blutig niedergeschlagen wurde.

Natürlich kann eine Arbeiterdemokratie nicht in der nächsten Woche durchgesetzt werden. Erstens werden die Unternehmer nicht freiwillig und nach gutem Zureden ihre Fabriken (die die Arbeiter aufgebaut haben) und ihre Macht abtreten. Im Gegenteil: sie werden sich erbittert zur Wehr setzen. Und zweitens muß erst einmal die Mehrheit der Arbeiterklasse für dieses Programm gewonnen werden. Deshalb sehen wir es als Aufgabe aller Sozialisten an, diese Ziele und dieses Programm offensiv zu vertreten und seine praktische Überlegenheit gegenüber dem bestehenden System zu beweisen, um es in der Arbeiterklasse zu verankern. Allerdings wird keine Macht der Erde die Errichtung einer Arbeiterdemokratie verhindern können, wenn jeder Kollege sich ihrer Ziele bewußt ist und wenn die Arbeiterbewegung ihre gesamte Kampfkraft dafür geschlossen in die Waagschale wirft...

VORAN beantwortet Leserfragen: >> WAS VERSTEHT IHR UNTER ARBEITERDEMOKRATIE? <<

Daß eine geplante Wirtschaft dem privatkapitalistischen Chaos überlegen ist, zeigt das Beispiel der UdSSR: diese hat trotz monströser Fehlplanungen, trotz riesiger Mißwirtschaft und bürokratischer Verschwendung (diese Übel sind auf das Fehlen demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung sowie auf die Diktatur einer kleinen, privilegierten Bürokratie zurückzuführen) zwischen 1917 und 1970 ihren Anteil an der Weltproduktion von 3% auf 20% gesteigert. Zwischen 1913 und '63 stieg die Industrieproduktion auf das 52fache an (im selben Zeitraum in den USA nur auf das 6fache in Großbritannien gar nur auf das 2fache!). Ohne eine geplante Produktionsweise wäre dies nicht möglich gewesen!

Deswegen - und weil das kapitalistische System nur eine Zukunft mit nicht wiedergutzumachender

der 30-Stunden-Woche führen könnte.

Aber wie soll man in diesem System vermeiden, daß es wieder "oben" und "unten" gibt, daß sich wieder eine herrschende Schicht in der Gesellschaft herausbildet, welche die wirtschaftliche und politische Macht ausübt?

Es wird notwendig sein, auf jeder Ebene der Betriebe, der Industrie, der Verwaltungen und des Staates eine demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung zu errichten, was in den Ostblockstaaten nicht der Fall ist:

- Für die Selbstbestimmung am Arbeitsplatz durch gewählte Abteilungsbetriebsräte
Für gewählte Aufsichts- und Verwaltungsräte, welche die verstaatlichten Firmen und Industriezweige verwalten und deren Produktion untereinander koordinieren

die ganze Rahmenplanung koordinieren muß.

Aber was kann man tun, damit dies nicht zu einer verkrusteten Bürokratisierung führt? Wie kann Pöstchenjägerie verhindert werden? Wie können wir vermeiden, daß nachher selbstherrliche und allmächtige Berufsbetriebsräte und -funktionäre an ihren Sesseln kleben? Wie sollen die Funktionäre kontrolliert werden?

Folgende Voraussetzungen sind unabdingbar:

- Alle Funktionen und Ämter in Gewerkschaften, Betrieben und Staat müssen durch demokratische Wahlen besetzt werden
Jeder Funktionär muß von seiner Basis jederzeit wieder abgewählt werden können
Kein Funktionär darf aufgrund seines Amtes in den Genuß materieller Privilegien kom-

Zum Nazi-Unwesen nicht schweigen!

Jeder ist für seine Zeit in der er lebt mitverantwortlich und kann sich aus dieser Verantwortung nicht davonstellen. Darf man denn heute schweigen hinnehmen, wenn Alt- und Neonazis wieder versuchen, Einfluß auf das politische Geschehen in unserem Land zu nehmen? Nein!...

... Wenn man heute sieht, hört und erlebt, wie diese Ewiggestri-

gen aus ihren Löchern hervorkommen und versuchen, Einfluß auf Jugendliche zu nehmen, die Gewaltverbrechen der Nazis verharmlosen oder leugnen, wie sie teils demokratische Regeln für ihre Zwecke mißbrauchen, um wieder Einfluß zu gewinnen, so kann man eigentlich nicht verstehen, daß wieder die große Mehrheit sich passiv dazu verhält und schweigt. Hat man so schnell vergessen? Damit spreche ich die demokratischen Parteien, die Gewerkschaften aber auch jeden einzelnen in unserem Lande an. Der Einzelne darf nicht warten, bis der andere oder die Organisation etwas tut. Jeder Einzelne hat die Möglichkeit dazu, denn jeder, der sich passiv gegenüber den Nazis verhält, macht sich eventuell eines Tages mitschuldig, wenn diese Clique wieder ihre Macht ausüben kann und die Welt mit Mord überzieht.

Die Anzeichen häufen sich, daß Nazis wieder Gewalt anwenden wollen. Aber auch, daß sie unter dem Deckmantel der Demokratie Einfluß gewinnen wollen. Und die Mehrheit nimmt es passiv hin.

In Hagen wird ein ehemaliger SS Offizier als Kandidat zur Kommunalwahl nominiert. Reaktion der Gewerkschaft in Hagen: "Das ist schlimm." Aber es wird nichts unternommen. Ein Bundestagsabgeordneter nimmt regelmäßig an den Traditionstreffen der SS-Angehörigen teil. Veranstaltet von der Nachfolgeorganisation einer vom Gesetz als verbrecherisch erklärten Organisation. Kommentar einiger Parlamentskollegen: "Wissebach ist ein ehrenwerter Kollege, der bisher noch nicht unangenehm aufgefallen ist. (Wissebach sagte bei einem SS-Treffen in Nassau während der Enthüllung eines Gedenksteinen: "Ich habe nichts zu bereuen.")

... Wehrsportgruppen mit militärischer Ausrüstung proben den

Aufstand. Nazis legen Waffenarsenale an und unsere Politiker sagen, daß die Nazis keine ernsthafte Gefahr für die Demokratie in unserem Lande bilden. Gleichzeitig wird ein eingedeutschter Adliger als Spitzenkandidat Nr. 3 zur Europawahl nominiert, der öffentlich erklärte, daß man bei einem Staatsnotstand eventuell das Parlament für 9 Monate ausschalten müßte. Bedeutet dies etwa Notverordnung, Ermächtigungsgesetz wie gehabt?



... Der jüdische Schriftsteller Hilsenrath konnte nicht öffentlich aus seinen Büchern lesen, da dies massiv von Nazis verhindert wurde. Die Polizei aber sah dem Treiben tatenlos zu. Sie schreitet zwar gegen Gewerkschafter ein und nimmt sie in Besetzungshaft wie in Mannheim, wenn sie gegen Nazikundgebungen protestieren wollen. Funktionäre dieser getarnten Nazi-partei sind sogar Bundeswehr-offiziere. Während es einem Gefreiten untersagt wurde, in Uniform an einer Gedenkungebung für die Naziopfer in Dachau teilzunehmen.

Seit die NPD vom Gericht als verfassungskonform erklärt wurde, dürfen sie sogar unter Polizeischutz ihre Haßparolen verbreiten. Unter dem Schutz gewerkschaftlich organisierter Beamter!

Ja, viele Gewerkschafter unterstützen sogar finanziell die Verbreitung nazistischer Gedanken-guts, indem sie Produkte von Firmen kaufen, die durch Geldspenden und Inserate in der "Nationalzeitung" das Erscheinen dieser Zeitung mitfinanzieren. Darüber sollte sich jeder einmal Gedanken machen und dann die nötige Konsequenz ziehen. Niemand sollte sich darauf verlassen, daß der Staat, die Organisation, die Funktionäre schon aufpassen. Es könnte eines Tages wieder zu spät sein. Nur aktives Handeln aller Demokraten gegen jede Form von Faschismus kann eine gerechte freiheitliche Gesellschaftsform sichern. Das ist auch der Auftrag, den die Opfer der Nazibarbarei uns hinterlassen haben...

... Besser als auf Sonntagsreden zu hören, ist es, den Kontakt zu Widerstandskämpfern und Nazi-verfolgten zu suchen, um von ihnen Informationen aus erster Hand zu bekommen. Ihre Aussagen sind glaubhafter als die mancher Scheindemokraten, die sich heute als Widerständler bezeichnen, aber damals als fürchtbare Juristen ihren Dienst taten...

Die Verfasser unseres Grundgesetzes hatten im Sinn, eine für alle freiheitliche und gerechte Gesellschaftsform zu schaffen. Es sollte staatlicher Machtmißbrauch und willkürliche Gesetzesauslegung verhindert und eine endgültige Abkehr vom Faschismus garantiert werden. Die Würde des Menschen sollte oberster Grundsatz sein. Wer hinter dem Sinn des Grundgesetzes steht, darf nicht schweigen, wenn er erfährt, daß bestimmte Kreise versuchen, Grundrechte zu mißbrauchen, gegen Völkerverständigung aufrufen und Menschenwürde mißachten. Jeder ist für seine Zeit mitverantwortlich! Wolfgang Kondrus, IGM-Mitglied



LESER-

IGM-VORSTAND muß Verdacht ausräumen!

Liebe Genossen!

Die IG-Metall-Führung ist in einen bösen Verdacht geraten: Bei der Urabstimmung über das Verhandlungsergebnis des Stahlstreiks soll zugunsten einer Annahme gefälscht worden sein. Gründliche Recherchen zweier Redakteure einer Lokalzeitung in Unna haben den Verdacht einer Manipulation aufkommen lassen (SPIEGEL 13/79)

Sie haben auf eigene Faust die Einzelergebnisse bei den IGM-Ortsverwaltungen abgefragt und diese zusammengezählt. Ergebnis: Von den Recherchen sind 107.146 stimmberechtigte Stahlarbeiter erfaßt (das sind ca. zwei Drittel der insgesamt 154.065 Stimmberechtigten). Von diesen stimmten 43,33 % oder 46.425 mit Nein, 40,47 % (43.365 Stimmen) mit Ja, und 15,71 % hatten sich enthalten. Dieses Teilergebnis dreht das offizielle Resultat ins Gegenteil!

Vor allem die Zahl der Stimmenenthaltungen verwundert: Hatte die aus den Ortsverwaltungen gemeldeten und zusammengezählten Stimmenenthaltungen eine Summe von 16.833 (bei 107.146 Stimmberechtigten!) ergeben, so wurde aus der Gewerkschaftszentrale nur 14.051 Enthaltungen (!) (bei 154.065 Stimmberechtigten) angegeben.

Da kann doch etwas nicht stimmen! Eine Veröffentlichung aller Einzelergebnisse kann die Verdächtigungen entweder mühelos entkräften oder... bestätigen. Als die Essener IGM - Bezirkszentrale dazu aufgefordert wurde, war die Antwort: "Einzelergebnisse werden niemals veröffentlicht." Kurt Herb sagte: "Das läßt sich zwar überprüfen, aber wir sehen im Nachhinein keine Veranlassung dazu."

Diese kaltschnäuzige Reaktion ist völlig unverstänlich und ungerichtlich! Der IGM-Vorstand ist gegenüber der Mitgliedschaft verpflichtet, einen so bösen Verdacht total zu widerlegen. Warum lehnt Herb dies ab? Warum will er keinen Gegenbeweis antreten? Diese Haltung ist unverständlich, außer, wenn der Verdacht stimmt! Die IG Metall hat ohnehin in den letzten Monaten genügend Vertrauen verloren - bei Mitgliedern und bei Nichtmitgliedern. Dieser Verdacht darf so nicht stehen bleiben. Deshalb müssen wir von der IG-Metall-Führung fordern, daß sie alle Fakten auf den Tisch legt. Ich mag selbst nicht an den Verdacht glauben - aber ich will Gewißheit haben!

Mit sozialistischen Grüßen, Axel Hausmann, Hamburg (IGM)

# IN DER IG CHEMIE: Für starke und demokratisch gewählte Vertrauenskörper!

Die Auseinandersetzungen in der IG-Chemie, Papier, Keramik um Wahl oder Berufung gewerkschaftlicher Vertrauensleute haben einen vorläufigen Abschluß gefunden.

Wenn auch kein außerordentlicher Gewerkschaftskongreß und keine umfassende Diskussion und Willensbildung durch alle Gewerkschaftsmitglieder erreicht werden konnte, so wurden Hauptvorstand und Beirat durch spontan entstandenen Widerstand doch gezwungen, ihre ursprünglich geplante Satzungsänderung zu korrigieren.

Der Hauptvorstand der IG-Chemie hatte beabsichtigt, den §35 der Satzung, in dem es heißt: "In allen Betrieben sind gewerkschaftliche Vertrauensleute zu wählen" mit dem Zusatz zu versehen: "oder durch den Verwaltungsvorstand zu berufen." Die endgültige Fassung hat jetzt aber einen weiteren Zusatz: "Die Berufung ist als Ausnahme vorgesehen. Sie bleibt auf Fälle beschränkt, wo die Mitglieder nicht die Möglichkeit haben, die Wahl ordnungsgemäß innerhalb des Betriebes durchzuführen und wo eine ordnungsgemäße Wahl außerhalb des Betriebes unzumutbare organisatorische Schwierigkeiten bereitet." Außerdem muß im Falle einer Berufung bei Widerspruch von 5 der von einem Vertrauensmann vertretenen Mitglieder die Berufung wieder zurückgenommen werden und Briefwahl durchgeführt werden.

Damit wurde die Gefahr, daß von Verwaltungsvorständen über die Köpfe der Mitglieder hinweg und gegen deren Widerstand Vertrauensleute ernannt werden, zumindest abgeschwächt. Aber dennoch können die Mitglieder der IG-Chemie mit dieser Lösung der Frage von Vertrauenskörpern und über die Art und Weise, wie sie durchgepeicht wurde, nicht zufrieden sein, zumal die Kündigung gegen den Verwaltungsvorstand von Hannover Münden, Ferdinand Patschkowski, noch nicht zurückgenommen wurde.

## Hintergründe

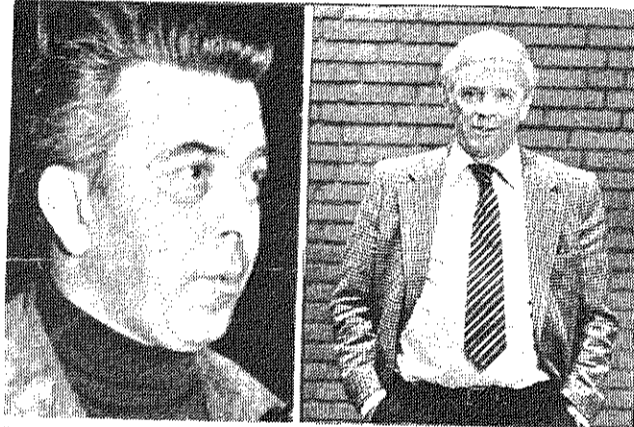
Seit Anfang der 70er Jahre gibt es innerhalb der IG-Chemie zwischen alteingesessenen Funktionären und aktiven Betriebsräten und Vertrauensleuten eine Auseinandersetzung über die Grundsätze gewerkschaftlicher Arbeit und Politik.

Seit dem Streik 1971 zeigt sich immer mehr, daß mit sozialpartnerschaftlichen Mitteln und ohne Aktivierung und Einbeziehung der Basis die Interessen der Arbeiter und Angestellten nicht mehr wirksam vertreten werden können. In der Tarifrunde '71 waren Hauptvorstand und führende Betriebsräte einiger Großbetriebe nicht bereit, die aufgestellten Forderungen mit Vollstreik oder Flächenstreik durchzusetzen. Während der Zeit des "aktiven tariflosen Zustandes" wurden durch isolierte Punktstreiks, rollende Streiks,

Kurzstreiks und schließlich dem vorzeitigen Tarifabschluß in Rheinland-Pfalz Belegschaften und Bezirke im Endeffekt gegeneinander ausgespielt.

Streikverlauf und -ergebnis stießen bei denjenigen Kollegen, die sich in ihren Betrieben für die volle Durchsetzung der aufgestellten Forderungen einsetzten, und dafür unter ihren Kollegen mobilisierten, auf harte Kritik. Vor allem die Vertrauensleute waren es, die aus dieser Erfahrung Konsequenzen für die gewerkschaftliche Arbeit forderten. Indem sie aber anfangen, auf Betriebsebene ihre Vorstellungen durchzusetzen, gerieten sie zunehmend in Widerspruch zur Politik und zu den Interessen der alteingesessenen Betriebsräte. Dabei spielt auch die Frage "betriebliche" oder "gewerkschaftliche" Vertrauensleute eine wichtige Rolle.

IG Chemie-Sekretär Patschkowski (links) wurde vom Hauptvorstand unter Karl Hauenschild (rechts) vorläufig amtsenthoben.



## Ausschlüsse bei »Hoechst«

In dem Chemiekonzern Hoechst gibt es, wie in vielen anderen Chemiebetrieben, seit 1967 eine Betriebsvereinbarung über die Wahl "betrieblicher" Vertrauensleute. Das heißt, daß alle Belegschaftsmitglieder (gewerkschaftlich organisierte oder unorganisierte) Vertrauensleute wählen. Die örtliche Gewerkschaftsführung verzichtet deshalb großzügig auf die Wahl von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten durch die Mitgliedschaft, sondern ernannt diejenigen betrieblichen Vertrauensleute, die gewerkschaftlich organisiert sind, zu gewerkschaftlichen Vertrauensleuten. Damit haben also auch Nichtmitglieder Einfluß auf innergewerkschaftliche Angelegenheiten (Aufstellung von Betriebsräten, Delegierte für Vertreterversammlungen).

Aber nicht nur die Legitimation der gewerkschaftlichen Vertrauensleute war zweifelhaft, skandalös war vielmehr, daß es überhaupt keine kontinuierliche gewerkschaftliche Vertrauenskörperarbeit gab. Nach den negativen Erfahrungen der Tarifrunde von 1971 in der es den Hoechst-Betriebsräten gelungen war, den Betrieb aus den Streiks herauszuhalten, verlangten viele Kollegen eine aktive Gewerkschaftspolitik. Ihre entsprechenden Vorschläge wurden aber vom Betriebsratsvorsitzenden Brand (gleichzeitig Mitglied

des Verwaltungsvorstandes, des Bezirksvorstandes, des Bundesvorstandes und des Hoechst-Aufsichtsrats) abgeschmettert. Die Kollegen waren deshalb gezwungen einen Diskussionskreis außerhalb des Betriebes zu schaffen.

Daran beteiligten sich regelmäßig zwischen 25 und 50 aktive Kollegen, um gewerkschaftliche Arbeit zu diskutieren. Die 6 Initiatoren, meist Vertrauensleute, wurden daraufhin aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Begründung des Betriebsratsvorsitzenden: Die Kollegen hätten "unter dem Deckmantel gewerkschaftlicher Mitarbeit eine Art Machtergreifung auf schleichendem Wege angestrebt."

Die wachsende Unzufriedenheit mit den alteingesessenen Betriebsräten wurde deutlich bei den Betriebsratswahlen '78. Die IG-Chemie verlor gegenüber '75 4 Sitze.

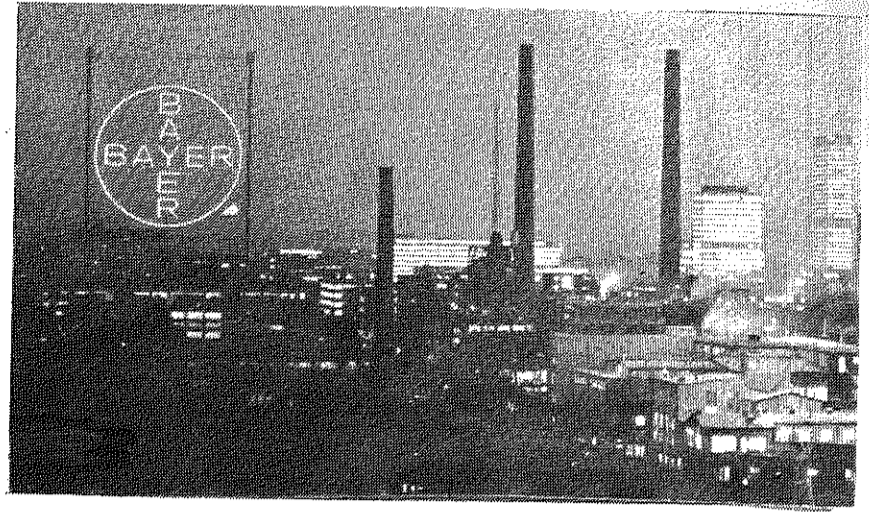
Die Kollegen sahen vor allem, wie sich ihre gewählten Vertreter immer weniger für ihre Interessen einsetzten, sondern in erster Linie nach Funktionärsposten jagten und ihre Macht ausbauten. So lehnte der Betriebsratsvorsitzende Brand bei seiner ersten Wahl eine Mitgliedschaft im Aufsichtsrat ab und erklärte, er verzichte auf die Aufsichtsratsantien. Einige Jahre später kandidierte er jedoch für einen Sitz im Aufsichtsrat. Dabei gab er schriftlich das Versprechen, einen Teil seiner Aufsichtsratsbezüge an die Gewerkschaft abzuführen. Nach seiner Wahl wollte er davon nichts mehr wissen. Zumindest bis Ende '76 hatte er von den 40.000 DM, die ihm dieser Posten jährlich einbringt, keinen Pfennig an die Gewerkschaft abgeführt.

Die Abnahme des Organisationsgrades bei Hoechst von 46,8 % im Jahr 1964 auf 34,4 % 1977 spricht ebenso gegen die Politik der Gewerkschaftsautoritäten bei Hoechst.

## Oppositionsliste bei »Bayer«

Im Bayer-Konzern sank der Organisationsgrad von 43,2 % im Jahre 1972 auf 37,4 % 1977. Hier hatten die innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen ihren Höhepunkt zwischen 1975 und 1978. Bereits 1972 wurden Kollegen in den Betriebsrat gewählt, die die gewerkschaftliche Arbeit beleben wollten und neue Vorstellungen

vorstand könnte aber dank einer Erklärung Patschkowskis noch sein Gesicht wahren? "... Ich bedaure, daß ohne mein Zutun der Vorgang in der Öffentlichkeit breitgetreten wurde und zu unberechtigten und unsachlichen Angriffen gegen die Organisation und Repräsentanten benutzt worden ist..."



hatten von Gewerkschaftsarbeit überhaupt. Seit 1974 wurde diese oppositionelle Gruppe durch die Verwaltungsstelle unter Beschuß genommen. Nach den Betriebsratswahlen '75 paktierten die alteingesessenen konservativen Betriebsräte der IG Chemie sogar mit den Betriebsräten einer CDU-nahen Liste, um die Opposition auszuschalten. Diese verloren durch dieses Bündnis alle Freistellungen und wurden aus allen Ausschüssen abgewählt. Damit provozierten die rechten Funktionäre eine innergewerkschaftliche Auseinandersetzung, die eine konstruktive Arbeit unmöglich machte. Vertrauensleute wurden nur zu Wahlen versammelt, wobei die Wahl durch den Betriebsratsvorsitzenden Weber (gleichzeitig Mitglied etlicher Gewerkschaftsgruppen, des Bayer-Aufsichtsrats und SPD-Stadtrat) in seinem Sinne gründlich vorbereitet war.

So war die Opposition zur offenen Konfrontation gezwungen. Auf einer Vertrauensleuteversammlung im März '78 beschlossen 60 aktive IG-Chemie Mitglieder bei den bevorstehenden Betriebsratswahlen auf einer eigenen Liste zu kandidieren. Sie erhielten auf Anhieb 4461 Stimmen. Höchstens 9311 von den 14000 Gewerkschaftsmitgliedern haben die offizielle Liste gewählt.

Die konservativen Betriebsräte stellten darauf hin einen Ausschlußantrag gegen die Kandidaten der oppositionellen Liste.

Der Beschwerdeausschuß der IG Chemie mußte der Opposition aber zugestehen, daß die Art und Weise der gewerkschaftlichen Willensbildung, die durch die Wahl betrieblicher Vertrauensleute auch von Unorganisierten beeinflusst wurde, den Ausschluß aus der Gewerkschaft nicht rechtfertigt. Die Kollegen der oppositionellen Liste sind weiterhin Gewerkschaftsmitglieder.

Auf dem letzten ordentlichen Gewerkschaftskongreß der IG-Chemie, Papier, Keramik kam die Unzufriedenheit mit gewerkschaftlicher Arbeit auf Betriebsebene in einem Antrag zum Ausdruck. Der Hauptvorstand erhielt den Auftrag, Vertrauenskörper in den Betrieben fest zu verankern, indem gewerkschaftliche Vertrauensleute gewählt werden sollten.

## Satzungsänderung

Die nun beschlossene Satzungsänderung ist alles andere als die Erfüllung dieses Auftrages.

Anstatt dafür zu sorgen, daß Betriebsvereinbarungen über die Wahl betrieblicher Vertrauensleute aufgehoben werden, in jedem Betrieb die Wahl von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten durchgesetzt wird und für gewerkschaftliche Vertrauenskörper ein Vertretungsmonopol erkämpft wird, stellt der Hauptvorstand und der konservative Teil des übrigen Funktionärsapparates die Wahl betrieblicher Vertrauensleute nicht in Frage, sondern will die gewerkschaftliche Legitimation seiner Vertrauensleute durch Berufung von oben sichern.

Dieser Schritt kann als nichts anderes gewertet werden, als Angst vor der eigenen Basis. Offensichtlich befürchten viele Funktionäre, daß ihre sozialpartnerschaftliche Politik durch aktive

Vertrauensleute und Betriebsräte immer stärker angegriffen wird, daß sich eine offensivere Tarifpolitik durchsetzt und sie schließlich ihre Funktionärsposten verlieren.

## Widerstand

Wie die Ereignisse bei Hoechst und Bayer zeigen, ist vielen Funktionären jedes Mittel recht, um oppositionelle Kräfte auszuschalten. Es ist deshalb verständlich, wenn die Basis der IG-Chemie befürchtet, daß mit Hilfe der Satzungsänderung unbequeme aktive Mitglieder ausgeschaltet werden sollen.

Der spontane Widerstand gegen die Machenschaften des Hauptvorstandes war deshalb voll berechtigt. Acht Verwaltungsstellen, die 150000 der 650000 Mitglieder vertreten, forderten einen außerordentlichen Gewerkschaftskongreß. Doch weder Hauptvorstand noch Beirat waren bereit, sich mit ihrer Entscheidung einem Kongreß zu stellen. Massiven Protest gab es auch gegen die Entlassung des Verwaltungsvorstandes von Hannover Münden, Patschkowski. Der Gewerkschafter hatte privat eine Vorlage zur Satzungsänderung an Kollegen verschickt, um sie über die geplante Satzungsänderung des Vorstands zu informieren.

Dies wurde ihm vom Vorsitzenden Hauenschild als "Aufbau verdeckter Informationskanäle" angelastet. Verwaltungsvorstand, Beschwerdeausschuß und Gesamtbetriebsrat der IG-Chemie haben die Kündigung abgelehnt. Mit Sprechchören zogen 50 Betriebsräte und Vertrauensleute in die Gewerkschaftszentrale und wollten Hauenschild sprechen. In einem Flugblatt schrieben sie: "Wenn diese Machtpolitik des Hauptvorstandes Schule macht, dann können die Gewerkschaften in der Bundesrepublik einpacken. Wir wollen keine Organisation, in der nur eine Meinung herrscht oder Grabesstille!" Sie forderten, daß sich der Hauptvorstand demokratischen Entscheidungen unterordnet.

Auf jeden Fall werden die verantwortlichen Funktionäre früher oder später die Quittung für ihr undemokratisches Verhalten bekommen.

## Konsequenzen

Personelle Konsequenzen allein lösen aber nicht das Problem innergewerkschaftlicher Demokratie und aktiver Gewerkschaftspolitik. Es geht vor allem darum, die IG-Chemie durch den Aufbau funktionierender und durch Wahl der Gewerkschaftsmitglieder legitimierte Vertrauensleute von unten her zu stärken. Das wäre der Anfang, um in Zukunft Betriebsräte und sonstige Vertreter aufzustellen, die sich nur von den Interessen ihrer Basis leiten lassen und in enger Zusammenarbeit mit den Vertrauensleuten und unter ihrer Kontrolle ihre Aufgaben erfüllen.

Die innergewerkschaftliche Demokratie kann aber schließlich nur durch folgende Bedingungen abgesichert werden:

- Direkte Wahl aller Funktionäre durch die Basis.
- Recht auf jederzeitige Abwahl von jedem Posten.
- Begrenzung des Einkommens hauptamtlicher Funktionäre auf einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

Ursula Beck, Stuttgart

## NACHTRAG

Wie wir noch unmittelbar vor dem Drucktermin erfahren konnten, hat der geschäftsführende Hauptvorstand der IG Chemie die Amtsenthebung des Kollegen Patschkowski aufgehoben und ihm die kollegiale Zusammenarbeit angeboten.

Dies zeigt, daß die Spitzenfunktionäre der Gewerkschaft nun doch offensichtlich dem sehr star-

ken Druck von unten nachgegeben haben und für sich die Schlußfolgerung gezogen haben, daß sie den Bogen nicht allzusehr überspannen dürfen.

Dieser Erfolg sollte auch vielen enttäuschten und skeptischen Kollegen zeigen, daß bei entsprechendem Druck von der Basis doch etwas erreicht werden kann. Der geschäftsführende Haupt-

# DER BERUF EINER KRANKENSCHWESTER EINE SOZIALE ILLUSION?

## Was man in der Ausbildung und im OP-Saal so alles erlebt!

Ich bin 23 Jahre und arbeite seit etwa fünf Jahren in einem städtischen Krankenhaus mit einer Belegzahl von 300 Betten. Als ich beschloß, diesen Beruf zu ergreifen, ging ich von der Voraussetzung aus, in einem Arbeitsfeld tätig zu werden, das nicht vergleichbar ist mit Fließbandarbeit, nichts zu tun hat mit lebloser Warenproduktion. Ich wollte mit Menschen arbeiten und da ich mich für den pflegerischen Bereich entschied, begann ich meine Arbeit mit der Perspektive, diesen bedürftigen Menschen physisch und auch psychisch zu helfen.

### Realität

Diese Vorstellungen wurden bald brutal zerstört. Die Ausbildungsjahre einer Krankenschwester laufen unter ständiger Obhut von Stationschwester und Unterrichtschwester ab. Halbjährlich wird man von seiner Stationschwester beurteilt, dabei stehen weniger die Qualifikationen als das Verhalten gegenüber Vorgesetzten im Vordergrund der Bewertung. Eine meiner Stationschwestern war 57 Jahre alt, unverheiratet, Wohnung im Schwesternwohnheim, keine Freunde, keine Erwartungen vom Leben mehr, mit anderen Worten, ein Leben, das nur aus Krankenhaus bestand. Eines morgens ereignete sich folgender Vorfall: Eine Patientin wird eingeliefert, leise vor sich hinwimmernd, fast bewußtlos. Akutfall, heißt es. Selbstmordversuch. 50 Valium-Tabletten hat sie geschluckt. Es nimmt alles seinen routinemäßigen Verlauf. Magen auspumpen, Infusion anlegen. Ich war mit der Aufgabe betraut worden, bei dem ganzen Vorgang Handlangerdienste zu verrichten und wurde durch folgenden Ausspruch des behandelnden Arztes zutiefst schockiert:

"Geben Sie den dicksten Magenschlauch, den Sie haben, damit sie ein für alle Mal merkt, was das für eine Scheiße ist, was sie da macht." Aber das war noch nicht alles. Als die Prozedur beendet war und die Frau total geschwächt und psychisch am Ende in ihrem Zimmer lag, erlaubte ich es mir, einen Stuhl an ihr Bett

zu ziehen und diesem Menschen zu zeigen, daß er nicht alleine ist in seinem Elend und daß jemand bei ihm ist, der bereit ist zuzuhören.

Plötzlich wird die Tür aufgerissen: "Ach hier treiben Sie sich rum, sich vor der Arbeit drücken, gehen Sie gefälligst ins Dienstzimmer und waschen Sie Medikamentenschälchen aus. Und außerdem, die da braucht Ihnen nicht leid zu tun. Wenn die wirklich sterben wollte, hätte sie mehr geschluckt, aber nur um uns Arbeit zu machen, das kann ich gerade so leiden." Derartige Ereignisse häuften sich und meine Vorstellungen über den Beruf der Krankenschwester kamen mächtig ins Wanken. Man möchte sich gerne wehren und gegen diese Zustände Widerstand leisten, ist aber in seinem Handeln eingeschränkt. Während der Ausbildungszeit insofern, daß man von den Beurteilungen der Vorgesetzten abhängig ist, später als voll-examinierte Schwester ebenso, da man zu oft auf die Verständnislosigkeit viele Kollegen stößt. Ein enormes Problem in der Be-

treuung von Kranken liegt in der Einstufung des Patienten in bestimmten Typen-Kategorien, was folgeschwere Probleme aufwirft. Patient X ist ein angenehmer Typ, trotz Krankheit voller Optimismus und stets zum Scherzen aufgelegt; Patient Y dagegen ist mürrisch, uneinsichtig, ängstlich, eben ein "schwieriger Fall." Man geht selbstverständlich viel lieber zu Patient X, denn er entspricht den allgemeinen Vorstellungen des idealen Patienten. Daß Patient Y vielleicht wahnsinnige Angst hat, daß er seine Alltagsprobleme im Krankenhaus nicht wegschieben kann, weiß man wohl, es erfordert aber persönlichen Arbeitsaufwand, auf diese Menschen einzugehen.

Als Schwester ist man - obwohl dies in diesem Beruf niemals zum Vorschein kommen dürfte, genau den gleichen Stimmungsschwankungen unterworfen wie jeder andere Mensch auch. Es erfordert eine ziemlich gute Selbstbeherrschung, immer gleichbleibend freundlich zu sein und die eigenen Probleme hinter denen der Kranken zurückzustellen. Leider habe

ich oft genug erlebt, daß Schwestern ihre innere Unzufriedenheit an den Kranken ausgelassen haben. Diese Reaktion Kranken gegenüber entspricht der Auffassung vom Schwesternberuf als "Job", denn in einer rationalisierten und hochtechnisierten Berufswelt ist es nicht einfach, menschliche Beziehungen aufrechtzuerhalten, noch schwieriger ist es, Menschlichkeit weiterzugeben.

### Verhalten der Ärzte

Nach Beendigung meiner Ausbildung und nach der Erfahrung vieler Unzulänglichkeiten im Stationsbereich entschied ich mich, in der Anästhesie weiterzuarbeiten, um neue Erfahrungen zu sammeln. Auch hier wurde ich bitter enttäuscht, verursacht durch die bodenlose Arroganz der Ärzte und ihre Anmaßungen, über den Kopf des Patienten hinweg zu entscheiden. Beispielhaft hierfür war der Streit zwischen dem Oberarzt und dem Chefanästhesisten. Der Patient X stand seit einer Stunde fertig vorbereitet im OP in Erwartung der Narkose. Nichts rührte sich. Der Anästhesist hielt es nicht für nötig zu kommen und so entschloß sich der Oberarzt, die Operation nach einer örtlichen Betäubung durchzuführen. Die Operation nahm ihren Verlauf, und plötzlich stand der Herr Anästhesist im OP. Mir war vollkommen klar, was nun geschehen würde, denn Patient X war Privatpatient, der Anästhesist würde also eine schöne Rechnung über eine Narkose ausstellen können und so forderte er lauthals den Oberarzt auf, sofort abzubrechen, damit er seine Narkose durchführen könne. Dieser lehnte den Vorschlag ab mit dem Ergebnis, daß der Anästhesist sich weigerte, bei den nachfolgenden Operationen Narkosen durchzuführen. Mir blieb die Aufgabe überlassen, den wartenden Patienten, die sich auf die Operation sicherlich schon seelisch vorbereitet hatten, zu erklären, daß es leider unmöglich sei, sie heute noch zu operieren, da ein schwerer Unfall die OP-Säle blockiere.

Hier sind wir bei einer weiteren Unverschämtheit der Ärzte angelangt, der ständigen Übertragung von eigentlich ärztlichen Aufgaben auf die Schwestern. Sicherlich ist es auch für das Pflegepersonal



Die Kasse bezahlt mich nicht dafür, mich mit jedem Wehwechen lange aufzuhalten.

die überhaupt in "Notfällen" einsprang.

Ich sagte zu ihr, wenn sie dies wirklich ernst meine, dann könne sie mir ja auch schriftlich als Kündigungsgrund angeben: "Arbeitsverweigerung durch Vortauschen einer Krankheit". Aber dies wollte sie dann plötzlich so nicht mehr gesagt haben. Sie drohte nur, einen Kündigungsgrund nach ihrem Gutdünken zu nehmen. Ich wußte genau, daß keine nachteiligen Dinge über mich vorlagen.

Einen Tag später setzte ich mich mit dem Betriebsrat in Verbindung. Die Gewerkschaft konnte mir nicht helfen, aber man sagte mir dort, daß diese Fälle gesammelt werden, um später gegen die Firma ermitteln zu können. Ich finde, es ist eine außerordentliche Frechheit, wie die Firma meinen hohen Einsatz am Ende belohnt hat.

Die Kinder mußten von meiner Mutter beaufsichtigt werden, und diese zusätzliche Anstrengung gab ihr dann auch noch gesundheitlich und nervlich den Rest.

Der Betriebsrat konnte noch dafür sorgen, daß ich eine "ordentliche" Kündigung erhielt. Darin hieß es: "Wir begründen unsere Kündigung mit der Tatsache, daß sich aufgrund persönlicher bedingter Umstände Ihrerseits Arbeitszeitprobleme und Einsatzschwierigkeiten ergeben."

Ich war und bin noch immer schockiert, weil ich mich so eingesetzt hatte für diesen Laden. Dies ist eine Sauerei, dies ist echte Ausbeuterei!

Nachspiel: Ich habe jetzt eine ordentliche Kündigung in der Hand, aber keine Aufsichtsperson für die zwei Kinder. Das Arbeitsamt meint, ich stehe zur Vermittlung nicht zu Verfügung. So kriege ich keinen Pfennig Arbeitslosengeld.

Petra Hoffmann, Remscheid

ein positiver Aspekt, durch gewisse außergewöhnliche Arbeiten selbständiger zu werden. Dies scheint jedoch einigen Leuten in den Kopf zu steigen und dies wiederum bedeutet: Berufsentfremdung des Pflegepersonals, ständige Verschlechterung des Pflegebereichs in den Krankenhäusern. Aus eigener Erfahrung kann ich berichten, daß ich zwei Jahre lang als Krankenschwester ohne Fachausbildung für Anästhesie teilweise selbständig Narkosen durchgeführt habe, und dies unter größtem Stress, denn wer zeigt sich verantwortlich, wenn etwas passiert? Ich habe also zwei Jahre lang die Arbeit eines Assistenzarztes gemacht, habe dadurch meinem Chef die Einstellung eines qualifizierten Assistenten erspart und somit seinen Geldbeutel geschont. Eine Krankenschwester ist ja doch viel billiger und muß dazu mehr schuften.

### Bilanz und Perspektiven

Nach fast fünfjähriger Berufserfahrung im Gesundheitssektor habe ich erkannt, daß eine Verwirklichung der humanen Ideen, die am Beginn meiner Arbeit im Krankenhaus standen, kaum möglich ist. Der Pflegeberuf verfällt in immer größerem Maße der Rationalisierung und Technisierung. Personal wird aus Sparsamkeitsgründen wegrationalisiert, aber wer denkt beim Sparen im Gesundheitssektor schon an die Profitgeier im weißen Kittel? Der Erfolg der Einsparungen: miserable pflegerische sowie psychische Betreuung der Patienten, schlechte Arbeitsbedingungen für das Personal. Was ist dagegen zu tun? Gegenwärtig ist nur eine Minderheit gewerkschaftlich organisiert. Die bestehenden Strukturen des Krankenhauses, wie des Gesundheitswesens überhaupt, werden nur von sehr wenigen in Frage gestellt. Aufgabe für Sozialisten im Gesundheitswesen ist es, an den Widersprüchen des "kapitalistischen Profitbetriebes Gesundheitswesen", die sich in vielen Unzulänglichkeiten jeden Tag erneut zeigen, anzuknüpfen und die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Engagement, um die Lage der Beschäftigten im eigenen Interesse und dem der Patienten zu verbessern; politisches Engagement, um das Gesundheitswesen so zu gestalten, daß es dem Kranken dient und nicht der Profitgier derjenigen, die an der Krankheit verdienen.

Von einer Krankenschwester, OTV- und Juso-Mitglied

# REDLICH GEARBEITET- JETZT ENTLASSEN!

## Erfahrungsbericht einer Verkäuferin

Ich arbeitete bis vor kurzem in der Filiale eines Supermarktes, wo insgesamt rund zehn Angestellte beschäftigt waren. Bis Anfang 1978 war ich fest in der Metzgerei tätig, und zwar vertraglich mit 24 Wochenstunden.

Anfang 1978 bekam die Firma hier in unserem Einzugsgebiet mit rund 40 Filialen eine neue Geschäftsleitung. Ihre Devise hieß: Durch Personaleinsparung aus den roten Zahlen herauskommen. Dies sollte dann so aussehen, daß eben ausgeschiedene Kolleginnen nicht mehr durch Neueinstellungen ersetzt werden, also auf diese Weise ein allmählicher Personalabbau erreicht wird.

Die Konsequenzen haben ich dann auch sehr schnell zu spüren bekommen: Ich hatte zunächst nur nachmittags gearbeitet, weil ich vormittags mit den Kindern genug zu tun hatte. Dann fing man jedoch allmählich an, mich stattdessen für vormittags einzusetzen. Schließlich hieß es dann immer öfters: "Bleiben Sie doch bitte auch noch heute nachmittag da!" So wurden aus meinen 24 Stunden sehr schnell 35, 40, ja bis zu 42 Wochenstunden. Und bei durchschnittlich 30 Stunden wöchentlich brachte ich im Monat ganze 500 Mark netto nach Hause. Für manche Kollegin war dies ein Taschengeld, für mich aber der hauptsächlich Lebensunterhalt einer dreiköpfigen Familie.

Das ganze lief dann so vor sich hin bis November 1978. Da nämlich fiel eine Kollegin wegen Kur und anschließendem Urlaub für sieben Wochen aus. Man bat mich,

diese Kollegin im Ladenbereich (hauptsächlich Kassieren und Auspacken) zu vertreten, mit der Zusicherung, daß ich danach wieder ausschließlich im Metzgereibereich arbeiten könne. Als die Kollegin Ende Januar wieder anfang und ich auf die Zusicherung zurückkam, erklärte mir die Personalchefin, daß dies leider nicht möglich sei. Man brauche aus personellen Sparmaßnahmen jemanden, der gleichermaßen für Laden- und Metzgereibereich verantwortlich sei. Mir waren die Hände gebunden, weil die Zusicherung leider nur mündlich gewesen war.

Im Januar zog ich mir eine Rückenverletzung zu, die sehr schmerzhaft war und von zwei Ärzten parallel behandelt wurde. Zwei Tage vor dem Unfall hatte ich eine Woche Urlaub beantragt, man wollte mir dies aber nicht voll zugestehen. "Ich muß erst die Personalchefin fragen", meinte der Filialleiter. Als die Personalchefin von meiner Krankmeldung erfuhr, unterstellte sie mir doch tatsächlich, ich hätte mich nur krankschreiben lassen, weil mir der Urlaub nicht zugesagt worden sei!! Nach dieser infamen Unterstellung bat ich sie, sich wenigstens zu entschuldigen. Sie verweigerte dies, mit dem Vorwand, ihre Behauptung entspräche den Tatsachen!

Tatsache ist aber, daß ich in den ganzen zweieinhalb Jahren nicht einen einzigen Tag krankgefeiert habe und regelmäßig trotz Grippe arbeiten ging! Ich war mit die einzige im Laden,

# Die Kirche als Arbeitgeber

## »Undemokratisch, intolerant und rücksichtslos«

Die wenigsten Leute wissen, daß die Kirche, nach dem Staat, der zweitgrößte Arbeitgeber in der BRD ist. Wenig von dem, was im Inneren dieser Riesenorganisation abläuft, dringt nach außen. Ich habe 1 Jahr lang in einem evangelischen Heim in Süddeutschland gearbeitet und sehr viele interessante Eindrücke gesammelt. Bei dem Heim handelt es sich um ein Kinderheim, in dem hauptsächlich milieugeschädigte Kinder aufgenommen werden. Es hat ca. 120 Beschäftigte, liegt auf dem Lande, von der Außenwelt fast völlig abgeschlossen und genießt überall einen sehr guten Ruf.

Schon bei meiner Einstellung wurde mir mit Deutlichkeit klar gemacht, daß jegliche politische Betätigung, Aufhängen von bestimmten politischen Plakaten, selbst in Privatzimmern streng verboten ist. Mit dem Arbeitsvertrag verbunden war die Verpflichtung im Heimbereich zu wohnen. Es bleibt einem nicht viel anderes übrig, als trotzdem zu unterschreiben, da die Arbeitssituation für Erzieher äußerst schlecht ist.

Einen Mietvertrag für mein etwa 10 qm großes Zimmer (135 Mark) bekomme ich, wie alle Unverheirateten, nicht. Das heißt, daß man

auch keinerlei Rechte in Bezug auf Einrichtung etc. geltend machen kann und auch etwaige Kontrollgänge der Heimleitung durch die Wohnungen nicht auszuschließen sind und auch gelegentlich praktiziert werden.

Zu alledem kommt auch noch eine Hausordnung, die es den unverheirateten Erziehern verbietet, Freund(in) oder Verlobte(n) im Zimmer übernachten zu lassen. Die Zuwiderhandlung hat die fristlose Kündigung zur Folge.

So haben die Mitarbeiter rein formell momentan keine Möglichkeit, etwas grundlegend an ihrer Situation zu verändern und aktiv an Entscheidungen beteiligt zu sein. Die Angst vor Arbeitslosigkeit, persönlicher Diffamierung und Druck durch die Heimleitung sind die Gründe dafür, daß keiner es wagt, seine Meinung offen zu sagen.

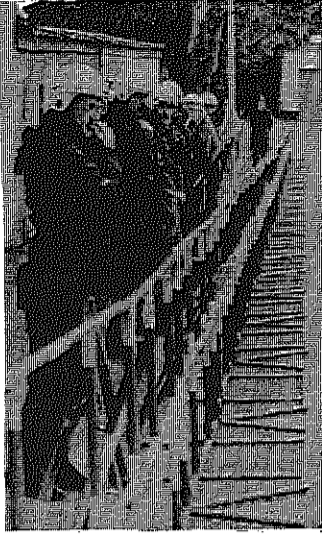
Die Kirche als Prediger von Nächstenliebe, Toleranz, Rücksichtnahme und Solidarität, erweist sich beim näheren Hinsehen, zumindest in diesem Heim als undemokratischer, intoleranter und rücksichtsloser Arbeitgeber - ein Arbeitsfeld, in dem es für Gewerkschafter und Sozialisten noch sehr viel zu tun gibt!

Erhard Schroll

# VORAN



1500 demonstrieren im November gegen den NPD-Parteitag. Rechts: Polizei schützte die Veranstaltung der Nazis.....



## NEO-NAZIS (Fortsetzung von Seite 1)

Zwischen den Jusos und dem Unterbezirkvorsitzenden der SPD wurde vereinbart, daß man gemeinsam eine Kundgebung gegen das Totenkopf-Treffen durchführen wolle, und zwar am Freitag, den 27. 4. unter freiem Himmel, zusammen mit dem DGB. Ein 6er Ausschuß (bestehend aus 2 Jusos, 2 SPD Vorstandsmitgliedern und 2 DGB Kollegen) sollte ein Flugblatt entwerfen. Bökemeier wollte alles in die Wege leiten. Bis zum SS-Treffen waren noch 5 Wochen Zeit.

In der Voraussicht, daß sich die SPD mit der Vorbereitung viel Zeit lassen würde, gaben die Jusos einen Bericht über ihre Unterbezirkkonferenz an die Presse, in dem Bökemeier Aktionen gegen das SS-Treffen ankündigte. Es entspann sich darauf ein Leserbriefgefecht in der Lokalpresse über pro und contra SS-Treffen. Konkrete Vorbereitungen waren von der SPD weiterhin nicht zu sehen, weil erst der Unterbezirksvorstand entscheiden müsse.

Mitlerweile trafen sich Jusos, Gewerkschafter (unter ihnen der DGB-Kreisvorsitzende Weiß) und andere Antifaschisten, um konkrete Aktionen gegen das SS-Treffen vorzubereiten. Der SPD-UB-Vorstand glänzte durch Abwesenheit. Man war sich in diesem Kreis einig, daß am Samstag, den 28. 4. '79 um 14 Uhr eine Kundgebung mit anschließender Demonstration durchgeführt werden sollte.

Auch die SPD-Korbach, der größte Ortsverein im Unterbezirk, sprach sich für dieses Konzept aus. Alles schien klar zu sein. Das Problem, die für den Samstagstermin zu gewinnen, schien nicht unüberwindbar zu sein. Es sollten auf der Veranstaltung Rederecht haben: Die Gewerkschaften, SPD und Jusos. Auch die CDU war vom DGB aus angeschrieben worden, lehnte es jedoch ab, gegen die SS öffentlich aufzutreten.

Am Donnerstag, den 5. April trat nun endlich der SPD-UB-Vorstand zusammen, um über sein Vorgehen gegen das SS-Treffen endgültig zu beraten. Was sich dort abspielte, war gleichzeitig Rückzugsgefecht und der Versuch, die Jusos als die treibende Kraft gegen den Faschismus auszunüchtern. Der Unterbezirksvorstand beschloß:

1. Eine Veranstaltung am Freitag abend. Im Mittelpunkt dieser Veranstaltung steht der Gedanke der SPD-Friedens- und Versöhnungspolitik (!).
2. Es reden der Unterbezirkvorsitzende Bökemeier, SPD MdB Rudi Walther sowie der DGB Kreisvorsitzende Kurt Weiß, falls sich der DGB der SPD-Veranstaltung anschließen sollte. Jusos, DGB-Jugend und GEW, als die aktivsten Teile der Bewegung gegen SS-Treffen haben ausdrücklich kein Rederecht. Selbstverständlich dürfen sie die Versammlung besuchen.
3. Die SPD-Fraktion in der Arolsener Stadtverordnetenversammlung soll versuchen, eine Änderung in der Gemeindeordnung zu erwirken, so daß den SS-Verbänden

künftig öffentliche Räume versagt werden können.

Nun war klar, daß die Sozialdemokraten im DGB-Kreisvorstand versuchen würden, einen Beschluß für die Teilnahme des DGB am Freitag abend im Saal und nicht am Samstag mittag unter freiem Himmel zu erwirken. Genau so kam es. Der DGB-Kreisvorstand entschied sich gegen die Stimmen des Bad-Wildunger ÖTV-Vorsitzenden Blaschke und den Kreisjugendausschussvorsitzenden Reitz für die vorgezogene Europawahlkampfveranstaltung der SPD am Freitag abend. Der GEW-Vertreter im DGB-Kreisvorstand, Metzler, war von der GEW beauftragt worden, sich ohne Wenn und Aber für eine Kundgebung mit Demonstration am Samstag einzusetzen. Er kam diesem klaren Auftrag nicht nach und enthielt sich der Stimme. Feigheit oder mangelndes Demokratieverständnis? Die GEW in Waldeck wird aus diesem Verhalten ihres DGB-Vertreters Konsequenzen ziehen müssen.

Der Plan des UB-Vorsitzenden Bökemeier schien also aufzugehen. Schien! Denn sofort nach Bekanntwerden der Beschlüsse der Vorstände von SPD und DGB wurde von Jungsozialisten, aktiven Gewerkschaftern und weiteren Interessierten eine "Bürgerinitiative gegen Neofaschismus" gegründet, die die Trägerschaft der Veranstaltung am Samstag, den 28. 4. übernommen hat. Geplant sind ein Schweigemarsch zum Arolser Jüdischen Friedhof mit anschließender Kundgebung auf dem Platz vor dem Bürgerhaus. Das Bündnis der Waldecker Initiative mit Kasseler und Ostwestfälischen antifaschistischen Initiativen wird einen Erfolg der Veranstaltung am 28. 4. sicherstellen. Die Jusos im UB Waldeck-Frankenberg haben alle Gewerkschafter und antifaschistischen Jugendlichen aufgerufen, an der Samstagveranstaltung teilzunehmen. Dabei haben sie die volle Unterstützung des Juso-Bezirkvorstands.

Das Verhalten der rechtsreformistischen Tendenz in der SPD und ihrer Vertreter in den Gewerkschaften hat gezeigt, daß diese Leute aus der Vergangenheit nichts gelernt haben, daß ein konsequenter Kampf gegen neonazistische Strömungen von ihnen nicht ausgehen wird. Wenn es nach ihnen ginge, würden sie wieder, wie schon einmal, blind in ihr eigenes Verderben rennen. Die Nazis sind heute noch keine unmittelbare Gefahr für die Arbeiterbewegung, sie stehen nicht kurz vor der Machteroberung. Deswegen können sie bei entsprechender Geschlossenheit und Wachsamkeit auch erfolgreich bekämpft werden. Ihre Aktivitäten müssen von Anfang an im Keime erstickt werden!

Die Jusos müssen sich heute als Träger des antifaschistischen Erbes der Sozialdemokratie verstehen und durch zähe Arbeit versuchen, breite Teile der einfachen Gewerkschaftsmitglieder in den Kampf gegen den Neonazismus einzubeziehen.

Von einem SPD-Funktionär in Nordhessen

### BROSCHÜREN & POSTER

#### "BÜROKRATISCHE HERRSCHAFT ODER ARBEITERDEMOKRATIE?"

Vor 60 Jahren eroberte in Rußland die Arbeiterklasse die Macht. Die Broschüre beschreibt, wie es zu der bürokratischen Entartung kommen konnte, in deren Verlauf die anfängliche Arbeiterdemokratie immer mehr zurückgedrängt werden konnte. (Unkostenbeitrag 1 DM + 60 Pfg. Porto kosten).

#### "GEWERKSCHAFTEN"

In Kürze erscheint eine Broschüre über die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Sie gibt eine Analyse der jüngsten Entwicklungen. (Unkostenbeitrag 2 DM + 60 Pfg. Portokosten.)

#### "FÜR EIN SOZIALISTISCHES EUROPA!"

VORAN-Europa-Poster, das für 5 DM-wie die anderen Broschüren - über die Redaktion bestellt werden kann. (Vorauszahlungen bitte auf das Kampffonds-Konto oder in Briefmarken.)

### Auch in der Druckindustrie:

# 35-STUNDEN-WOCHE VOM TISCH!

Von einem Mitglied der IG Druck und Papier

Wenn ein Unternehmersprachrohr wie die "Frankfurter Allgemeine" im Zusammenhang mit dem Verlauf der Tarifverhandlungen von einer "Phase der Vernunft" und "partnerschaftlichem Geist" (14. 4. 79), dann kann dies nichts Gutes heißen.

Was dieses Blatt zum Ausdruck brachte war die Genugtuung der Herren Kapitalisten, daß "entgegen vielen Befürchtungen" nun doch noch auch für die Druckindustrie 40-Stunden als tarifliche Wochenarbeitszeit bis Ende 1983 (!) festgeschrieben sind: "Die direkte Verkürzung der Wochenarbeitszeit ist damit auf Jahre hinaus kein tarifpolitisches Thema mehr."

Nachdem die IG-Metall - zur Enttäuschung sehr vieler Kollegen - Anfang des Jahres zum Abschluß des Stahlstreiks und wenig später auch für die Metallverarbeitung auf die 35-Stunden-Woche verzichtet hatte, konzentrierte sich die Hoffnung zahlreicher Gewerkschafter auf einen Durchbruch auf die IG-Druck und Papier.

Der Kollege Mahlein, Vorsitzender der Gewerkschaft, hatte noch in einem Interview am 15. 1. 79 den Vorrang der Wochenarbeitszeitverkürzung herausgestellt: "Deswegen meine ich, muß also die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit im Vordergrund des gewerkschaftlichen Interesses stehen, um so dem belasteten Arbeitnehmer

tage im Jahr.

\* Schichtarbeiter erhalten ab 1980 zwei bezahlte Freischichten im Jahr, ab 1982 weitere drei Freischichten.

Natürlich wird kein Kollege dagegen sein, daß er mehr Urlaub bekommt, aber nach lautstarken Rufen nach der 35-Stunden-Woche seitens der Gewerkschaftsführung ist dieses Ergebnis doch mehr als dünn. Wir müssen uns fragen:

? Warum sollen die jüngeren Kollegen (unter 35 Jahren) noch weiter jahrelang warten, bis sie vielleicht einmal auf sechs Wochen Urlaub kommen?

? Wieviele Kollegen müssen nicht schon vor dem 58. Lebensjahr ausscheiden, wie viele sind mit 58 nicht schon so sehr verbraucht und verschlissen, daß ihnen ein paar zusätzliche Tage Urlaub nicht mehr das wiederbringen können, was sie im Verlauf eines Arbeitslebens im Beruf verloren haben?

? Ist es nicht schon von vorneherein klar, daß - ähnlich wie in der Stahlindustrie - diese Regelungen auch nicht einen einzigen Arbeitsplatz retten werden?

? Wie kommt Kollege Mahlein dazu, überhaupt diesen Abschluß als "insgesamt positiv" zu bewerten?

Nach einem heißen Streikwinter glaubt das Kapital jetzt wieder aufatmen zu können



Trotz gesteigener Arbeitsbelastung sollen sie noch bis 1983 auf die 35-Std.-Woche warten

innerhalb einer Woche auch die Möglichkeit zu geben, durch mehr Freizeit seine Arbeitskraft wieder leichter herstellen zu können." Und um zu zeigen, daß die Forderung nach einem stufenweisen Einstieg in die 35-Stunden-Woche keine Utopie ist, führte Mahlein noch konkrete Beispiele aus anderen Ländern an:

In Belgien gilt in der gesamten Druckindustrie ab 15. 2. 79 die 39-Stunden-Woche, ab 1. 4. 80 die 38-Stunden-Woche. In Belgien gilt außerdem speziell für die Zeitungs- und Zeitschriftenherstellung die 37,5-Stunden-Woche, und in Österreich sogar die 36,5-Stunden-Woche.

Aber trotz dieser Einsichten und guten Argumente für die 35-Stunden-Woche paßte sich letzten endes auch die Gewerkschaftsführung der IG-Druck und Papier der "Konzertierten Aktion" des DGB an und gab der 35-Stunden-Woche den letzten, vorläufigen Todesstoß. Stattdessen wurden einige Verkürzungen der Jahresarbeitszeit zugestanden, die sich an den Stahl-Abschluß anlehnen:

\* 6 Wochen Jahresurlaub für alle Kollegen ab 35 Jahren (bisher erst ab 40)

\* Für über 58jährige ab 1980 einen und ab 1982 weitere zwei bezahlte Urlaubs-

Die Tarifrunde ist so ausgeklungen, wie es die Unternehmer selbst vor einem halben Jahr noch nicht geträumt haben mögen. Die Lohnabschlüsse von durchweg 4 bis 5 % finden den Beifall der Bürgerlichen.

Viele Gewerkschaftskollegen sind enttäuscht, manche haben (vorübergehend) resigniert. Aber zum Rückzug ins Private, zu Resignation und Gleichgültigkeit besteht kein Anlaß. Dies würde auch nur dem Kapital nützen, aber nicht uns.

Die ersten Erfolge in der belgischen und österreichischen Druckindustrie zeigen doch, daß es einen Weg nach vorne geben kann. Und die in den nächsten Jahren hereinbrechende Rationalisierungswelle wird zwangsläufig wieder - und zwar noch nachdrücklicher als bisher - die Frage einer wirklichen Wochen-Arbeitszeitverkürzung für alle auf die Tagesordnung setzen. Die bisherigen Rationalisierungen waren da nur ein erster Vorgeschmack. Und in der Stahlindustrie haben viele Kollegen aus den schlechten Erfahrungen mit der eigenen Streikführung die Schlussfolgerung gezogen, daß es gerade jetzt darauf ankommt die Gewerkschaft von unten nach oben so zu verändern, daß ähnliche "Reinfälle" sich nicht mehr wiederholen können.

## ABONNIERT VORAN

### ICH MÖCHTE VORAN ABONNIEREN

und habe DM 7,- auf das Postcheckkonto Hans-Gerd Olinger, Postcheckamt Essen Nr. 175 20-133 überwiesen. (Abnahme für 6 Ausgaben)

### ICH MÖCHTE WEITERES INFOMATERIAL

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Redaktion "Vorán" 563 Remscheid, Hammesbergerstr. 75